

DRINGLICHKEITSANTRÄGE

1) Starthilfe 18+

GR.ⁱⁿ **Kaufmann** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR.ⁱⁿ **Kaufmann**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat! Ich bin auf eine Gesetzeslücke gestoßen und das habe ich auch in einem dringlichen Antrag formuliert. Danke auch an die SPÖ und die Grünen, die bereits die Unterstützung dahingehend zugesagt haben. Und zwar geht es darum, dass junge Menschen, die aus den unterschiedlichsten Gründen nicht die Möglichkeit und die Chance haben, zu Hause bei ihren Eltern einfach aufwachsen können und fremd untergebracht sind, ob das Jugendheime sind oder Jugendwohngemeinschaften, ganz egal. Mit dem 18. Geburtstag sagt der Bundesgesetzgeber, es gibt keinen Rechtsanspruch mehr auf Kinder- und Jugendhilfe. Das geht in Wahrheit nicht. Weil egal wo man vielleicht auch gerade in der Ausbildung steht, egal was man vorhat auch für die Zukunft, da alleine gelassen zu werden, nur weil man jetzt per Gesetz erwachsen ist, ist aus unserer Sicht nicht sinnvoll und sollte der Bundesgesetzgeber auch schnell ändern.

Daher darf ich auch im Namen der ÖVP-Gemeinderatsfraktion folgenden

dringlichen Antrag

stellen: Der Gemeinderat der Stadt Graz möge an den Bundesgesetzgeber mit dem Ersuchen herantreten, für die Zielgruppe der 18+ die erforderliche gesetzliche Grundlage zu schaffen, damit auch jungen Erwachsenen die notwendige Begleitung in die Eigenständigkeit bereitgestellt bekommen (*Applaus ÖVP*).

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Grabe** zur Dringlichkeit: Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe Martina, sehr geehrte Alt-MandatarInnen, also Jungmandatarinnen und Jungmandatare dort eben ehemalige. Wir unterstützen die Dringlichkeit eures Antrages ebenso wie den Antrag selber. Zur Dringlichkeit, auch als Grüne haben wir schon relativ oft und lang auf anderen Ebenen diese Dinge eingefordert, seitens der Bundes-Grünen gab es dazu einen parlamentarischen Antrag. Wir wissen auch, dass andere Gruppen wie SOS-Kinderdorf auch auf dieser Linie sind. Es ist aus Sicht von der Jugendwohlfahrt, wie du eh weißt, wichtig, dass man nicht, wenn Jugendliche in einer Betreuung sind, das hat ja durchaus seinen Grund, dass sie plötzlich von einem Tag auf den anderen aus dem herausfallen oder zumindest, dass man kompliziert noch einmal alle einzelnen Bewilligungen extra beantragen muss. Daher auf jeden Fall ja zur Dringlichkeit und eben auch zum Inhalt.

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

GR.ⁱⁿ **Kaufmann**: Danke, dass es aussieht, dass es breite Zustimmung gibt, das ist nämlich wirklich wichtig. Dankeschön (*Applaus ÖVP*).

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

2) Unterbringung von Flüchtlingen

GR.ⁱⁿ **Braunersreuther** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR.ⁱⁿ **Braunersreuther**: Sehr geehrte KollegInnen, sehr geehrte Herr Bürgermeister, sehr geehrte ZuhörerInnen! Ich behandle ein Thema, das uns hier drin nicht neu ist, das uns schon öfter beschäftigt hat, das uns aber sehr wohl beschäftigen soll, nämlich die Unterbringung von Flüchtlingen, denn wie mit ihnen umgegangen wird und wie sie behandelt werden, das kann uns nicht egal sein. Weder im Sinne der Flüchtlinge selbst, wenn die Unterbringung schlecht ist, noch auch im Sinne der Gemeinden, der Kommunen und des gesamten Zusammenlebens. Denn viele Probleme im Zusammenleben haben ihren Ursprung in der mangelhaften und massenhaften Unterbringung und in schlechter Betreuung dieser Personen. Die Probleme in dieser Hinsicht zu lösen, also dass eben die Unterbringung gut ist, aber wie eben auch sehr häufig traumatisierten Personen umgegangen wird, das ist ein wichtiger Beitrag zur funktionierenden Integration. Besonders für Familien mit Kindern und für Jugendliche ist die Unterbringung in großen Flüchtlingsheimen sehr ungünstig. Die Betreuung kann schlecht gewährleistet werden. Für Kinder gilt zudem, dass so ganz natürlich kindliche Dinge, wie Spielen oder dann eben auch frühes Schlafengehen am Abend, oft in der Beengtheit von so großen Unterkünften nur schwer möglich ist. Die natürlich, die selber Kinder haben, wissen, dass die Kinder unruhig und unzufrieden werden und dass es auch nicht förderlich für ihre persönliche Entwicklung ist. Trotz der finanziellen Hürden, über die wir alle Bescheid wissen, kommt es deshalb immer wieder vor, dass Familien versuchen, aus diesen Unterkünften auszuziehen, sich unter schwierigsten Bedingungen am privaten Wohnungsmarkt Wohnungen zu suchen, die vom Standard her nicht angemessen sind. Oft auch weit entfernt der Zentren liegen, sodass es für die betreuenden Institutionen es schwierig macht, die zu betreuen, weil dann eben sehr viel Zeit und auch Geld für die Anfahrten draufgeht. Außerdem können die dann natürlich schwieriger am kulturellen Leben teilnehmen, was wieder ein ganz starker Hinderungsgrund für die Integration ist, die wir ja

eigentlich alle wollen. Dazu kommt, wenn die einmal ausgezogen sind aus dem Flüchtlingsheim und dann merken, dass sie sich finanziell übernommen haben oder dass es ihnen doch nicht so gut geht da, die Rückkehr in die Heime sehr, sehr schwierig bis eigentlich ganz unmöglich ist, weil die Plätze natürlich anderweitig besetzt sind. Und deshalb schlagen sehr viele betreuende Organisationen, Initiativen, Verbände vor, dass Flüchtlinge bevorzugt in kleinen Wohneinheiten und insbesondere Familien und Jugendliche in kleinen Wohneinheiten untergebracht werden, wo sie eben auch gut betreut werden können, das ist sehr wichtig, dass man nicht nur sagt, man gibt ihnen eine kleine Wohnung, sondern man muss auch die Betreuung sichern. Sie müssen dort Zugang zu Einkaufsmöglichkeiten, für Arztbesuch usw. haben, also nicht irgendwo in der Peripherie oder in irgendwelchen Gewerbegebieten.

Und ganz im Sinne dieser Organisationen stellen wir namens des Gemeinderatsklubs folgenden

dringlichen Antrag:

Die Stadt Graz wird ersucht, in einer Petition an den Landtag Steiermark darauf hinzuwirken, dass AsylwerberInnen, insbesondere Flüchtlingsfamilien mit Kindern und jugendliche AsylwerberInnen, in der Stadt Graz in qualitätsvollen, dezentralen Wohneinheiten untergebracht werden. Eine adäquate Betreuung der Betroffenen ist sicherzustellen und entsprechend finanziell abzusichern (*Applaus KPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ) angenommen.

3) Asylwesen – Stellungnahme der Stadt Graz

GR. Mag. **Sippel** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. Mag. **Sippel**: Hoher Gemeinderat! Zwei dringliche Anträge zum gleichen Thema, aber doch diametral gegenüberstehend und es ist interessant auch zu beobachten, wir werden das ja dann gleich sehen, in welche Richtung sich der Grazer Gemeinderat auch entscheidet. Entweder in die Richtung, die die KPÖ eingeschlagen hat, nämlich Tore auf, Grenzen auf, so viele wie möglich zu uns herein, beste Versorgung für alle oder der etwas kritischere Blick, wie ihn auch wir Freiheitliche haben, sich nämlich auch einmal Gedanken zu machen, was ist in dieser Frage unsere Aufgabe in Zeiten internationaler Abkommen, was müssen wir, was können wir leisten, was können wir auch unserer Bevölkerung in dieser Richtung zumuten und ist es nicht auch eine Form von Verantwortung zu erkennen, wo die Grenzen unserer Möglichkeiten sind? Diese zwei unterschiedlichen Ausrichtungen gibt es heute zu diskutieren und ich bin sehr gespannt, in welche Richtung der Grazer Gemeinderat sich entscheidet. Wir haben in Graz vor kurzem, letzte Woche war das, glaube ich, hautnah erleben können die verfehlte Zuwanderungs- und Asylpolitik von ÖVP und SPÖ auf Bundesebene, da sind in der Landespolizeidirektion in Graz in der Straßganger Straße 27 Asylwerber untergebracht worden in einer Nacht- und Nebelaktion, ähnlich wie wir es auch schon in Semmering oben erlebt haben, wo innerhalb von Stunden, da war weder die Landespolitik noch der Gemeinderat eingebunden, die Innenministerin über 150 Asylwerber zugeteilt hat in einen kleinen Ortsteil mit knapp 300 Einwohnern. Ähnliches ist in Graz, im kleineren Stil zwar, aber doch, passiert, da sind einfach 27 Asylwerber in der Landespolizeidirektion ohne Wissen der Beteiligten und auch ohne Einbindung der Bevölkerung untergebracht worden und das neben einem Waffendepot, also das ist wirklich etwas, wo man von Fahrlässigkeit sprechen muss. Da versteht man dann auch die Sorgen und Ängste der Bevölkerung, wenn hier so

gehandelt wird und das ist wirklich eine fahrlässige Form (*Der Bürgermeister läutet mit der Ordnungsglocke*) der Asylpolitik (*Applaus FPÖ*). Genauso fahrlässig, und da hat der Gemeinderat ja auch in diese Richtung einstimmig sich ausgesprochen, ist es, die Betreuung von Asylwerbern in private Hände auch zu legen. Wir wissen, dass das ein lukratives Geschäftsfeld einiger weniger Privater ist, die sich hier eine goldene Nase verdienen, aber sich nicht um die Versorgung, auch um die Betreuung kümmern und das gehört abgestellt. Leider Gottes ist man seitens der Innenministerin hier nicht bereit auch auf das zu verzichten, wir wissen, dass es weiter auch entsprechende Vorhaben gibt, auch Privaten weiterhin die Betreuung zu überantworten und das gehört ganz einfach auch abgestellt. Ich möchte noch die eine oder andere Frage in diesem ganzen Asylthema aufwerfen, die sich schon viele stellen, die auch wir uns stellen, nämlich warum handelt es sich bei den Asylwerbern hauptsächlich oder fast ausschließlich, und in Graz ist das wieder zu sehen bei diesen 27 Asylwerbern, um junge Männer, das frage ich Sie schon einmal, warum, auch wenn es vielleicht ab und zu kolportiert ist, warum sind nicht junge Frauen oder Kinder, wo man ja eher davon ausgehen könnte, dass hier Schutzbedürftigkeit vorliegt, warum sind das alles junge Männer? Ich kann Ihnen das auch schon in Ansätzen erklären, weil nämlich 80 bis 90 % dieser jungen Männer über Schlepper zu uns gekommen sind, wo wir ja wissen, wie das System dahinter auch funktioniert und wir wissen ja auch, dass die Schlepperei an und für sich ein Straftatbestand ist, nur natürlich schwer nachzuverfolgen, wenn das eingefädelt wird in diesen fernen Ländern. Aber da werden große Geldmengen aufgewendet, 8.000 bis 10.000 Euro, mit dem Ziel, dass man dann, wenn man bei uns dieses Geld auch irgendwie wieder hereinbekommt, entweder durch kriminelle Handlungen oder auch durch die Versorgung oder durch was auch immer und das dann abzustottern und zurückzuzahlen und letztendlich unterstützen wir da auch als Gemeinschaft, als Staat etwas, was nicht in Ordnung ist. Zumal wir ja von sicheren Drittstaaten umgeben sind, zumal in Europa Dublin II gilt, also da frage ich mich wirklich, warum da Europa

entsprechend hier immer so viele Flüchtlinge abbekommt und sich die Länder im angrenzenden Raum nicht um die Aufnahme von Flüchtlingen kümmern. Zum Beispiel nehmen wir her die Vereinten Arabischen Emirate oder Saudi Arabien, die scheren sich überhaupt nicht um die Flüchtlinge, da gibt es keine Aufnahme, da könnte man jetzt zynisch sagen, diese Länder anstatt Flüchtlinge aufzunehmen, sponsern sie lieber Moscheen-Bauten in Europa, das ist anscheinend Faktum. Aber da muss man auch einmal international diese Frage aufwerfen und den entsprechenden Druck erzeugen (*Applaus FPÖ*).

Aus dieser Fragestellung heraus gibt es eben drei Punkte in unserem

dringlicher Antrag,

die ich jetzt vorbringen möchte. Der Gemeinderat wolle beschließen:

1. Der Gemeinderat der Stadt Graz tritt an die zuständigen Stellen des Landes und des Bundes heran, um seine Besorgnis über die Unterbringung von Asylwerbern in sensiblen Einrichtungen des Bundes beziehungsweise in privaten Flüchtlingsheimen zu deponieren.
2. Unter Hinweis auf die bereits bestehenden Probleme – im Besonderen die Jugendbanden- und Drogenkriminalität im Zusammenhang mit minderjährigen Asylwerbern – werden die zuständigen Stellen des Bundes und des Landes darauf aufmerksam gemacht, dass die Aufnahmekapazitäten des Großraumes Graz bereits gegenwärtig erschöpft sind, weshalb von der weiteren Zuteilung von Asylwerbern Abstand genommen werden möge.

3. Die zuständigen Stellen des Bundes, insbesondere die Frau Bundesministerin für Inneres, werden höflich ersucht, die genauen Pläne und Vorhaben, die im Bereich des Asylwesens den Großraum Graz betreffen, bekanntzugeben. Herr Bürgermeister Nagl möge diese sodann dem Gemeinderat zur Kenntnisnahme vorlegen.

Ich bitte um Annahme (*Applaus FPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ und Piratenpartei) angenommen.

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Polz-Watzenig** zum Antrag: Sehr geehrte Damen und Herren! Ich bin froh darüber, dass wir heute diesen Antrag von der KPÖ hier haben und bin auch sehr froh darüber, dass die KPÖ diesen Antrag in dieser Weise eingebracht hat, weil ich mir schon sehr hart damit getan habe, auch als vor nicht ganz einem Jahr Asylwerber-Stopp hier herinnen beschlossen worden ist und doch einige Stimmen der KPÖ sich für diesen Asylwerber-Stopp ausgesprochen hatten, also deswegen umso besser, dass es heute in eine andere Richtung geht. Zum Antrag vom Kollegen Sippel, ich werde jetzt für beides einen Abänderungsantrag, für beide Anträge und ich bin froh, dass die zusammengezogen worden sind. Wenn Sie unsäglich immer darüber lamentieren, warum nur Männer bei uns ankommen, dann würde ich Sie wirklich bitten, einmal zu studieren, was diese Fluchtschicksale für Schicksale sind und sich wirklich, wie einer Einladung von Thomas Rajakovics oder sonst einmal zu folgen und sich in Flüchtlingslager zu begeben, um zu erleben, was für Schicksale da dahinter sind. Ich freue mich auch sehr, dass unsere Klubobfrau im Landtag da ist, Sabine Jungwirth, die diese unsäglichen Diskussionen leider dort immer führen muss. Aber

auch heute wissen wir vielleicht eine Möglichkeit, wie wir einen Ausweg finden könnten, um hier als Stadt in die Verantwortung zu gehen. Es geht darum, dass wir in den letzten Wochen einige Anrufe gehabt haben, also nicht nur wir bei den Grünen, so viel ich weiß, auch beim Herrn Bürgermeister, von Menschen, die sagen, wir würden gerne Leute aufnehmen. In der Bosnienkrise war das einfach, da habe ich eine Wohnung zur Verfügung stellen können, habe ich Quartier zur Verfügung stellen können und es ist relativ rasch geholfen worden. Heute ist es so, wenn man im Landesflüchtlingsbüro anruft, heißt es, warum wollen Sie das überhaupt, das geht nicht. Oder warum interessiert Sie das, Sie kriegen eh kein Geld dafür, also es wird dort schon einmal unterbunden und die Leute werden alleine gelassen. Dann heißt es auch, sie bekommen keine Leute, die sie sich aussuchen könnten, sondern es ist so, dass die, die werden direkt zugestellt aus Traiskirchen, also es wird alles Mögliche getan, um zu verhindern, dass Bürgerinnen und Bürger, engagiert hier Hilfestellung leisten können. Deswegen glauben wir auch, also in Absprache auch mit Caritas und Diakonie, dass es notwendig wäre, hier beratend zur Hilfe zu kommen. Möglichkeiten aufzuzeigen, damit eben diese Privatunterkünfte möglich werden und deshalb stelle ich auch einen Abänderungsantrag, ist für beide Anträge, nämlich wo die Stadt Graz ersucht wird den zuständigen Landesrat Schrittwieser, VertreterInnen des Landesflüchtlingsbüros, VertreterInnen von Caritas und Diakonie sowie der Fraktionen im Gemeinderat zu einem Gespräch zu laden. Das Ziel ist es, Menschen, die mit Privatquartieren AsylwerberInnen und Flüchtlingsfamilien helfen wollen, zu unterstützen eben, wie gesagt, Beratung, Unterstützung beim bürokratischen Ablauf, Matching mit den Betroffenen. So kann die Stadt Graz darauf hinwirken, dass AsylwerberInnen, insbesondere Familie mit Kindern und jugendlichen AsylwerberInnen in der Stadt Graz in qualitätsvollen, dezentralen Wohneinheiten untergebracht werden. Und ich sage es auch noch dazu, deswegen ein Abänderungsantrag zu einer Petition, weil ich mir denke, wo wir uns denken, wann immer es eine Petition an das Land gibt, ist ein Prozess damit verbunden und die

Entscheidung wird verschoben. Hier gibt es einen Handlungsbedarf unmittelbar vor Ort, hier können wir als Graz was tun und deswegen der Abänderungsantrag in diese Richtung und die Bitte um Annahme. Danke (*Applaus Grüne*).

GR. Rajakovics: Ich glaube, es ist doppelte Redezeit, nur weil drei Minuten gestanden ist. Die beiden Anträge geben die Möglichkeit, über das Flüchtlingsthema da hier wieder einmal zu reden, wobei es das alte Schema ist. Die FPÖ geht raus, parallel zu einer Demonstration in Traiskirchen, wo der Herr Strache vor den Toren derer, die vertrieben worden sind, lamentiert, dass sie eigentlich nichts verloren haben. Da hier macht der Herr Sippel Angst vor allen, die kommen und sagt, wie furchtbar das ist und dass in Österreich, das doch zu den reichsten Ländern der Welt gehört, einfach das nicht verkraftet, dass so viele Flüchtlinge kommen. Zurzeit, weil ihr wirklich einen schleißigen Umgang habt mit Menschen, die kommen, und es geht mir schon so am Wecker eure Wortwahl und auch zum Teil die Unwahrheiten, die ständig den Leuten eingeredet werden, mit denen ihr Angst macht. Zu den Zahlen, ich sage jetzt einmal die Zahlen, damit wir wissen, wovon wir reden. Der UNHCR hat mit heutigem Tag 35,6 Millionen Menschen weltweit als Flüchtlinge registriert, davon leben, weil er hat gesagt, wer nimmt denn die Flüchtlinge, die da unten flüchten, was kommen die überhaupt zu uns, Schweinerei. Eine Million Menschen, von denen, die geflüchtet sind, sind im Libanon, ein ganz reiches Land, eine Million Menschen. 609.000 Flüchtlinge hat die Türkei aufgenommen, 180.000 allein in den letzten sechs Monaten, 875.000 hat der Iran aufgenommen und 641.000 hat Jordanien aufgenommen, auch ein ganz reiches Land dieser Welt, wo die Menschen scheinbar einen anderen Zugang haben dazu, dass es halt auf der Welt nicht so super zugeht und wir, von der Ukraine angefangen, ja miterleben, dass es leider nicht so friedlich ist, wie wir uns das wünschen. Nichtsdestotrotz gibt es Menschen, die auch bis nach

Österreich kommen, das ist auch der Grund, warum sich vor allem halt einmal Männer durchschlagen, das ist ein Thema, keine Frage. Ich wundere mich auch, dass, weil wir schon längere Zeit auch als Stadt Graz gesagt haben, es können 40 syrische Flüchtlinge aus den Lagern aufgenommen werden, Konventionsflüchtlinge, die schon anerkannt sind, da ist das Innenministerium nicht sehr eifrig bei der Aufnahme der 1.500 aus den Lagern, weil das wären ja dann die Kinder und die Familien und die Frauen, die es halt nicht so leicht schaffen auf irgendeiner gefährlichen Reise durch diese sehr kriegerische Zone Nordafrikas oder auch Europas, weil die Wege gehen ja dann letztlich auch wieder durch Krisengebiete, diese Fluchtwege. Also das ist die Tatsache, unter solchen Umständen kommen Menschen zu uns und der Umgang mit denen ist, dass man sagt, die kommen und damit gleich verglichen, es ist das ganz Gleiche, ob 100 Leute am Semmering in einem kleinen Ort in ein Hotel kommen oder 27 bei einer Polizeiwache unterkommen, das ist ganz das Gleiche, eine Schweinerei ist das eine wie das andere, wo ich mir denke, in einem Turnsaal von der Polizei, wenn da noch jemand Angst hat, wenn die Flüchtlinge neben der Polizei untergebracht sind, dann weiß ich nicht, was wir für euch noch tun sollen, damit ihr keine Angst vor den Leuten habt. Sicherer kann man jemanden nicht mehr unterbringen (*Applaus ÖVP*). Ja, es stimmt, dass die Unterbringung von Jugendlichen im großen Stil lukrativ ist, deshalb haben wir uns im Gemeinderat uns auch mehrfach dazu geäußert und auch Petitionen ans Land geschickt und der Landesrat Schrittwieser hat dankenswerterweise darauf auch reagiert. Lukrativ ist es nicht, wo du Wohngemeinschaften machst, weil dann ist der Preis, also das was du bekommst täglich für die Unterbringen von Jugendlichen im Vergleich zur Betreuung doch nicht einmal ein Fünftel dessen, was normal für eine Jugendwohngemeinschaft nach dem Jugendwohlfahrtsgesetz gezahlt wird, dann ist es weniger lukrativ. Deshalb ist es wichtig und deshalb werden wir auch dem Abänderungsantrag zustimmen, ist es wichtig, dass wir auch kleinere Einheiten bekommen, dass Menschen, die auch Wohnungen anbieten, zum Teil auch bereit sind, selbst Betreuungsaufgaben zu

übernehmen über Caritas, Diakonie oder Volkshilfe oder wer immer jedenfalls über Träger, die sich auskennen, die natürlich diese Wohnungen dann auch letztlich verantworten müssen, dass man zu solchen Wohnungen auch kommt, um sie im Stadtgebiet gut zu verteilen und sie gut betreut zu wissen. Und zum Thema kriminell, das wissen wir auch, natürlich die Kriminalität wird..., es kommen nicht nur gute Menschen unter den Flüchtlingen, brauchen wir gar nicht reden, aber generell alle in einen Topf zu werfen und zu sagen, zynischerweise zu sagen, die werden alle kriminell und gleich zu sagen, aber wehe, sie arbeiten. Man weiß ganz genau, dass Menschen, die kommen, auch, zumindest nach einer Zeit, das Bedürfnis haben, sich zu beteiligen. Ihr wart dagegen, wie wir gemeinnützige Arbeit angeboten haben, wo wir gesagt haben, die Stadt zahlt die fünf Euro, also gar nicht im Offiziellen bis zur Geringfügigkeit, ihr seid dagegen, dass sie generell arbeiten dürfen, aber wehe, sie besorgen sich irgendwo ein Geld, bin ich auch dagegen. Kriminalitätsprävention ist, dass man Menschen auch ganz regulär die Möglichkeit gibt zu arbeiten, weil sie müssen sich erhalten und mit 40 Euro Taschengeld im Monat ist es halt auch in Österreich, selbst wenn man weiß, dass ja jede Fahrt etc. mit der Straßenbahn von einem Flüchtling selbst bezahlt werden muss, sind halt 40 Euro nicht gerade das große Geld und es ist gut, wenn Menschen von vorneherein sehen, dass man in Österreich nicht auf Kosten der Wohlfahrt lebt, sondern dass man sein Leben selbst in die Hand nimmt. Also das zu den Ausführungen, es ist wirklich, ich finde eure Art und wenn ich denke, dass ihr da heute aufruft, genau vor dem größten Lager zu demonstrieren, um zu schreien, dass die alle hinausgehören, dann geht mir wirklich der Hut hoch und deshalb lehnen wir selbstverständlich euren Antrag ab und wir sind froh, dass in dem Fall beide dringlichen Anträge mit einem Abänderungsantrag versehen werden, dem wir dann zustimmen in der Hoffnung, dass letztlich eine Unterbringung seriöserweise und gut betreut über Organisationen, die das auch können, in Graz und in der Steiermark möglich ist. Danke (*Applaus ÖVP*).

GR. **Grossmann:** Hoher Gemeinderat, Herr Bürgermeister, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich weiß schon, dass es bei uns herinnen im Saal manches Mal üblich ist, nach dem Grundsatz zu handeln, jetzt ist schon alles gesagt worden, aber noch nicht von jedem. Aber ich denke, das Thema ist so entscheidend und so wichtig, dass es auch notwendig ist, hier eine klare Positionierung vorzunehmen. Vielen herzlichen Dank, liebe Astrid, für diese Initiative, ich finde den Text ausgezeichnet, ich finde ihn auch deshalb gut, weil er der Stadt Graz nicht nur die Rolle einer Bittstellerin gegenüber dem Land zuschreibt, sondern weil die Stadt Graz auch den Auftrag, wir geben uns selbst den Auftrag als Stadt, etwas aktiv zu tun, eine entsprechende qualitativ hochwertige Unterbringung von Flüchtlingen, die bei uns sind, vor allem von unbegleiteten Minderjährigen, zu gewährleisten. Ich glaube, lieber Armin Sippel, dass die Intention sozusagen eurer beiden Anträge so weit voneinander nicht entfernt ist, wie ihr das vielleicht gerne haben möchtet, weil sie beide eigentlich auf eine Fragestellung zugehen, die wesentlich ist und die uns unter den Fingernägeln brennt. Wenn traumatisierte, in erster Linie junge Menschen zu uns kommen, wie können wir ihnen eine möglichst gute Aufnahme bieten, wir können wir sie vor allen Dingen gut begleiten auf ihrem Weg, auch heraus aus der Traumatisierung und hinein auch ein Stück in unsere gesellschaftliche Realität. Ich denke, es ist wichtig, dass wir klarstellen, dass es gemeinsame Regeln des Zusammenlebens gibt, es ist in unserer Gesellschaft vielleicht nicht immer ganz so deutlich ausgesprochen. Unsere Gesellschaft basiert auf den Werten der Aufklärung, die uns wichtig sind, da ist Toleranz ein zentraler Punkt drinnen, aber Toleranz ist nicht nur eine Hol-, sondern auch eine Bringschuld. Also ich kann unter dem Titel der Toleranz nicht intolerantes Verhalten tolerieren, das wäre ein falsch verstandener Wert der Aufklärung. Ich denke, das muss festgestellt werden. Wir haben klare Regeln des Zusammenlebens und es ist auch ganz wichtig, dass unsere Gesellschaft das ganz klar und deutlich ausspricht. Alle müssen sich an diese Regeln halten, damit gesellschaftliches Leben auch funktionieren kann und damit das auch gut miteinander geht und ich denke, wo

ist es besser gewährleistet, dass junge Menschen mit diesen Spielregeln des Zusammenlebens, mit den Regeln, mit den österreichischen Gesetzen sozusagen vertraut gemacht werden und auch begleitet werden, diese zu übernehmen, wenn nicht in kleinen qualitativ hochwertigen familiären Einrichtungen und nicht in großen gewinnorientierten Unterbringungsstätten von Privaten, die kein Interesse daran haben, Menschen aus ihrer Traumatisierung herauszuholen, Menschen zu begleiten auf ihrem Weg in die Gesellschaft, Menschen auch gut zu betreuen und auch gut zu versorgen. Also ich denke, dieser Antrag ist sehr gut, dieser Text gefällt uns sehr gut, dem können wir uns vollinhaltlich anschließen (*Applaus SPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Nachdem ich auch mehrfach schon die Ehre hatte, mit Herrn Landeshauptmannstellvertreter Schrittwieser auch in seinem Büro diese Problematik zu erörtern, möchte ich das hier schon auch einbringen. Wenn wir zusammensitzen und wir dort erfahren, dass auf Bundesebene aufgrund der Überfüllung von Traiskirchen ein Aufteilungsschlüssel für Österreich vorgesehen ist und die Steiermark in etwa 700 Personen, das war noch vor einigen Wochen, ich nehme an, dass es mittlerweile wieder mehr geworden sind, auch übernehmen soll, dann gibt es selbstverständlich auch die Frage des Bürgermeisters, wie viele sollen denn nach Graz kommen? Und ich möchte nicht, dass wir immer wieder alles vermischen. Frau Polz-Watzenig, Sie haben gesagt, wir haben im Gemeinderat einmal schon einen Antrag gehabt, dass es einen Aufnahmestopp gibt. Ja, den haben wir vereinbart, aber nicht zu Konventionsflüchtlingen und Menschen, die direkt aus dem Krieg kommen, sondern Asylwerberaufteilung. Und da haben wir das Land Steiermark gebeten, und da hat Herr Landeshauptmannstellvertreter Schrittwieser auch Wort gehalten, dass wir nicht mehr so weiter tun, wie das der Fall war, dass nämlich meistens in einem Bezirk, noch dazu sehr konzentriert in manchen Häusern fremdbestimmt, ganz, ganz

viele, vor allem auch junge Menschen untergebracht werden. Da haben wir gesagt, der Verteilungsschlüssel auch innerhalb der Steiermark stimmt nicht und deswegen hat er hier auch ein Haus wieder geschlossen und da geht es um das Thema der Asylwerber, vor allem der unbegleiteten minderjährigen Asylwerber. Wir sind jetzt mit dem Land gemeinsam übergegangen, dass diese Jugendlichen eben nicht mehr nur in privaten Häusern untergebracht werden, sondern dass wir ganz bewusst professionelle Träger wie die Caritas suchen, damit die Flüchtlingsbetreuung kontinuierlich und bestmöglich erfolgt. Lieber Armin Sippel, liebe Freunde der Freiheitlichen, des freiheitlichen Klubs, lieber Herr Stadtrat, da wurde die Frage gestellt, er ist schon neugierig, wie der Gemeinderat und damit die Stadt Graz mit diesem Antrag umgehen wird. Ob es da etwas anderes geben wird als bisher. Ich sage euch, nein, dieser Gemeinderat wird gerade in der Frage von Kriegsflüchtlingen das tun, was er als Menschenrechtsstadt zu tun hat, nämlich zumindest mehrheitlich ein menschliches Antlitz zu repräsentieren (*Applaus ÖVP*). Ich weiß, dass viele Menschen da draußen in Sorge sind, weil die Welt so in Bewegung geraten ist, auch wir reden jeden Tag mit Bürgerinnen und Bürgern, aber wir machen nicht das, was ihr macht, in denen wir deren Ängste verstärken, sondern wir arbeiten in den meisten Fällen sehr stark darauf hin, dass wir eine andere Kultur im Umgang mit Flüchtlingen entwickeln. Wir kämpfen eben dafür, wie es Thomas Rajakovics gesagt hat, dass Menschen, die dann bei uns sind, arbeiten können.

Zwischenruf GR. Ing. Lohr: Das glauben die Bürger aber nicht.

Bgm. Mag. **Nagl**: Sie glauben es auch nicht, weil jeden Tag von anderen, in dem Fall auch sehr stark von euch, Hiobsbotschaften verbreitet werden. Wir sollten alle zusammenhelfen und ich wünsche es niemandem von uns, manches Mal gehört schon dazu, sich auch in andere hineinzudenken auf der Welt. Die Problematik auf dieser Welt, dass die Menschen friedlich leben, fängt immer mit Nationalismus an und es ist ganz, ganz wichtig, sich einmal hineinzudenken in eine Familie, wo rundherum so ein wahnsinniger Krieg tobt und wo, ich brauche nur jeden Tag den Fernseher anschalten, sich hineinzudenken, was da in einer Familie vorgehen muss.

Zwischenruf GR. Ing. Lohr: Das betrifft aber nur 20 %.

Bgm. Mag. **Nagl**: Dann muss man sich einmal mit Flüchtlingen beschäftigen und deren Geschichte anhören. Wir haben alle Flüchtlinge und Menschen, die nach Graz geflohen sind, einmal mit dem Künstler Stocker gemalt und deren Biografien erfahren. Wenn dort irgendwo in Afghanistan ein Vater seinem Sohn sagt, du hast vielleicht die Chance, wenn du 1000 Kilometer durchhaltest, nach Deutschland oder nach Österreich zu kommen, gehe unter Tränen, ich werde dich nie mehr sehen. Wir müssen einmal drüber reden, ihr stellt noch die Frage, wieso so selten Kinder und Frauen da ankommen. Diese Flüchtlingsstrecken, schon einmal nachgedacht, was das bedeutet, das Drama ist eigentlich, dass diese Frauen und Kinder dort bleiben und gar nicht zu uns kommen können. Wir kämpfen um so manche Familie, dass sie nachkommen darf und selbst das wird dann negativ dargestellt. Ich habe gerade eine syrische Christin bei mir im Büro gehabt vergangene Woche. Eine junge Frau, gut gebildet, glücklich, dass sie da sein darf bei ihrem Mann, dafür haben wir kämpfen

müssen, dass wir das überhaupt zusammenbringen. Und dann gibt es jetzt einen gescheiterten Vorschlag, den gescheiterten Vorschlag zu sagen, wenn es der Staat allein schon kaum mehr schafft und private Personen ihren Raum teilen wollen, den sie haben und diese Menschen begleiten wollen individuell aus Eigenverantwortung heraus, dann soll man das ablehnen? Das kann es, glaube ich, nicht sein und deswegen werden wir so mit großer Freude nicht nur das heute beschließen, sondern dann auch mit dem Landeshauptmannstellvertreter Schrittwieser reden, damit er dieses Türchen wieder aufmacht, aber nicht in dem Sinn, wie ihr das verstanden haben wollt, sondern im Sinne dessen, dass wir in Österreich bekannt dafür sind, dass wir der Wissenschaft nachstreben, dass wir ein kultiviertes Volk sind und dass bei uns der Mensch und das Herz im Menschen zählt, das kann man auch in unserer Hymne herauslesen, wenn man immer nur über männliche oder weibliche Ansprachen drüber diskutieren. Ich sage das auch dazu, weil das steht auch drinnen, das steht in unseren steirischen, in unseren österreichischen Hymnen drinnen, sollte man nachlesen, das sind unsere Dinge, die wir da nie herauslesen und deswegen freue ich mich, wenn heute dieser Antrag eine Mehrheit kriegt, weil damit kann ich ausgestattet versuchen, im Land Steiermark auch das wieder zu bewegen, auch die Republik hat einiges zu verändern. Ich hoffe auch, dass das Thema Arbeit und damit Sinngebung für die Menschen, die herkommen, auf österreichischer Ebene jetzt langsam durchsickert. Ich vernehme bei allen Reden, die ich auf Bundesebene höre, dass diese Bestimmung, die meistens zurückzuführen war auf gewerkschaftliche oder wirtschaftliche Haltung, dass die langsam zu bröckeln beginnt, dann würde das wahrscheinlich auch anders aussehen. Weil was werfen denn die Menschen oft Asylwerbern oder Fremden vor? Ihr geht zum Arzt, obwohl ihr nichts einzahlst, er kann aber nichts einzahlen, weil er nicht arbeiten darf. Also da müssen wir ordentlich nachdenken. Ich freue mich auf alle Fälle und es wird ein guter Weg sein und wir haben ein anderes Problem, wir haben nämlich in Graz aufgrund des enormen Zuwachses überhaupt keine Gebäude. Also wie ich mit dem Herrn

Landeshauptmannstellvertreter verhandelt habe, hat er gesagt, was können wir denn nehmen? Wir haben darüber nachgedacht, ob die Kirchnerkaserne in Frage kommt, geht aber nicht, nachdem das noch Waffen- und Munitionsdepot ist, wird das Bundesheer diese Räumlichkeiten erst 2016 räumen. Es sind Gebäude angeboten worden, das habe ich damals erstmalig im Lande gehört, da habe ich gesagt, bitte das Gebäude könnt ihr nicht ernst nehmen, das ist eine Bruchbude, so kannst überhaupt niemanden aufnehmen, es war dann auch so. Wir haben im Moment überhaupt gar nicht die Möglichkeit, die uns zugedachten 150 Personen von den 700, das ist nicht einmal ein Viertel, das würde unserer Bevölkerung entsprechen, da zusätzlich aufzunehmen und jetzt gibt es halt ein paar Menschen, die ihr menschliches Antlitz zeigen wollen, die sich das, Anführungszeichen „antun“ wollen die Fremde aufnehmen wollen und die dürfen auch nicht. Dann werden wir halt in Traiskirchen überfüllt sein, es wird auch die Demo rundherum nichts helfen (*Applaus ÖVP, KPÖ, SPÖ und Grüne*).

GR. Mag. **Sippel**: Herr Bürgermeister! Vieles war natürlich wieder reflexartig, wenn wir mit diesem Thema in den Gemeinderat kommen, das ist ganz klar. Aber, Frau Kollegin Polz und lieber Kollege Thomas Rajakovics, wenn man schon so oberlehrerhaft daherkommt und hier sich hinstellt mit erhobenem Zeigefinger und maßregelt, dann muss ich schon sagen, also das erwarte ich mir eigentlich von Lehrern, dass sie eine Ahnung haben von dem, was sie sagen (*Applaus FPÖ*). Und in vielerlei Punkten habe ich diesen Eindruck heute nicht gehabt, dass ihr eine Ahnung habt von dem, was ihr hier sagt, weil, lieber Thomas Rajakovics, du weißt es genau wie ich, dass es internationale europaweite Abkommen gibt, Dublin II als Stichwort, und nach denen dürfte überhaupt niemand zu uns herkommen, weil das ganz klar auch geregelt ist und man kann das natürlich Asyl als Thema hernehmen, es bewusst

falsch verstehen, man kann naiv sein, man kann auf die Tränendrüse drücken, wie das der Herr Bürgermeister auch gemacht hat, oder man kann sich einmal auch wirklich das Gesetz anschauen, zum Beispiel die Genfer Flüchtlingskonvention und sich noch einmal vergegenwärtigen, was das eigentlich genau bedeutet. Da steht drinnen, Flüchtlinge sind Menschen, die sich außerhalb ihres Heimatlandes befinden und berechnete Furcht haben müssen, verfolgt zu werden wegen Rasse, Religion, Nationalität, politischer Gesinnung oder aufgrund ihrer sozialen Zugehörigkeit und es ist eben nicht wirtschaftliche Not, es sind nicht Naturkatastrophen oder es ist nicht Armut, die Fluchtgründe darstellen.

Zwischenruf GR. Mag. Krotzer: Dann schau dir Syrien an.

GR. Mag. **Sippel**: Das ist das eine, das andere ist, wir wissen ganz genau, dass sich sehr viele auch dazumischen, die eben genau aus diesem Grund hier auch zu uns einwandern wollen und das Asylsystem, das vorherrscht, auch ausnutzen, weil anders ist es nicht zu erklären, warum noch immer viele Afghanen oder Bosnier bei uns Asylanträge stellen, zwar dann eh mit einer viel zu langen Zeit negativ beschieden werden, aber es ist halt nicht alles so klar und eindeutig, sondern es passiert auch in diesem Zusammenhang sehr, sehr viel, was nicht so schön ist und wo auch dann berechtigterweise die Bevölkerung Sorge hat. Und das muss man halt auch ganz nüchtern ernst nehmen und das ist halt einmal so. Es gibt internationale Abkommen und an die gilt es sich auch zu halten. Weil es ein paar Mal auch angesprochen worden ist, Arbeitserlaubnis, und dagegen spreche ich mich schon aus (*Applaus FPÖ*), das ist immer so einfach zu sagen, naja, quasi diese triste Lage kann verbessert

werden durch die Arbeitserlaubnis und wir sind so quasi überhaupt schuld, dass es ihnen so schlecht geht und jetzt müssen wir ihnen die Arbeit geben. Also ich halte es in Zeiten der hohen Arbeitslosigkeit auch bei uns in der Bevölkerung schon für etwas überzogen, über das auch in dieser Form nachzudenken. Das, was in Wirklichkeit zu tun ist, ist einmal, die Asylverfahren zu beschleunigen, weil dann stellt sich diese Frage gar nicht. Wenn das nach einem halben Jahr, so wie es auch vorgesehen ist, beschieden ist, dann brauche ich nicht darüber nachzudenken, ob man vielleicht da noch eine Arbeitserlaubnis gibt (*Applaus FPÖ*) und dann diese ganzen weiteren Probleme verursachen. Natürlich, wenn der dann Arbeit hat, dann wird er, und davon ist auszugehen, zumindest wird das bei vielen der Fall sein, sich auch bemühen, sich zu integrieren. Dann kommt es vielleicht nach zwei/drei Jahren tatsächlich dazu, dass der negative Bescheid einlangt und dann kennen wir ja diese ganzen Dramen, die dann auch da sind, wenn es heißt, jetzt ist es aber rechtlich so, dass man das Land auch zu verlassen hat. Also das erschwert in Wirklichkeit den ganzen Prozess und über diese Dinge muss man halt auch einmal nachdenken. Das eine ist die Zuwanderung bis hin zum humanitären Bereich und das andere ist die Asylschiene und das ist klar geregelt, da gibt es entweder dann eine positive oder eine negative entsprechende Entscheidung und ich glaube, so einfach ist das zu sehen. Aber jetzt darüber zu diskutieren, ob man da jetzt Arbeit gibt oder nicht, also das halte ich für falsch und auch eine falsche Signalwirkung letztendlich, weil das natürlich auch wieder vielen anderen zeigt, naja, da komme ich her und dann bekomme ich entsprechend Arbeit und ich glaube nicht, dass das unbedingt der richtige Zugang ist. Zum Abänderungsantrag noch kurz der Frau Kollegin Polz, natürlich soll man das jedem freistellen, ob er bei sich im privaten Bereich auch Flüchtlinge aufnimmt, das gilt es, rechtlich zu klären. Ich weiß nicht, ob auch Sie bereit sind dazu, würde mich interessieren, dem sollte man keine Steine in den Weg legen. Wir werden dem Abänderungsantrag dennoch nicht zustimmen; als Zusatzantrag wäre es kein Problem, aber Abänderung bedeutet, dass unsere ursprüngliche Intention ja auch

dann aufgegeben werden müsste, und dazu sind wir bei dieser wichtigen Frage nicht bereit. Ganz kurz, vielleicht gibt es zumindest einen Konsens im dritten Punkt, das wäre nämlich das Drängen auch gegenüber der Innenministerin und ich glaube, das ist sehr legitim zu erfragen, was sie mit Graz, was jetzt die weitere Verteilung der Flüchtlinge, was das betrifft, vorhat. Also das, glaube ich, wäre schön, wenn das auch der Innenministerin mitgeteilt werden könnte, dass diese Frage der Stadt Graz sehr, sehr legitim ist (*Applaus FPÖ*).

GR.ⁱⁿ **Braunersreuther**: Ich möchte nicht so lange reden, denn ich freue mich eigentlich, dass alle sich so einig sind und in dem Punkt danke ich dem Herrn Bürgermeister, dass er ein bisschen auf die Tränendrüse gedrückt hat, weil das eigentlich verdeutlicht, dass es ein wirklich wichtiges Thema ist, das uns alle inhaltlich, aber eben auch emotional betreffen soll, weil es uns wichtig sein muss, gerade wie mit Kindern und Jugendlichen umgegangen wird. Besonders hinsichtlich daraufhin, dass die ja in unserer Gesellschaft weiter leben werden, dass sie erwachsen werden, dass sie sich hier gut integrieren können, dass sie eben dann nicht kriminell werden, sondern dass sie Arbeit finden und gut anerkannt werden. Insofern finde ich, dass wir alles tun sollten, um drauf hinzuwirken, dass das passieren kann. Der Abänderer von Astrid Polz-Watzenig besagt eigentlich, dass sie unseren Antrag sehr gut findet, aber dass sie eben findet, dass man darüber hinaus diese Gespräche fordern soll. Das finden wir ehrlich gesagt eigentlich auch, aber wir haben dann die Logik nicht verstanden, weshalb es ein Abänderungsantrag geworden ist. Denn wir wollen eigentlich, dass alles getan wird und das heißt, wenn man eine Petition an das Land richtet und diese Gespräche fordert, dann heißt es, alles zu tun, also wirklich sich dafür einzusetzen, insofern sind wir froh, dass dieser Abänderungsantrag für beide Anträge gilt. Wir werden natürlich dabei bleiben, dass

wir sagen, wir möchten, dass man sich mit einer Petition an das Land wendet, was insofern wichtig ist, dass das Land die Zuteilung vornimmt, das Ganze auch finanziert und dass diese Gespräche stattfinden können und deswegen werden wir der Abänderung von unserem Antrag nicht zustimmen, aber der Abänderung von dem Antrag der FPÖ, die mit ihrer Wortmeldung wieder einmal gezeigt hat, dass es einfach nicht tragbar ist, in dem Punkt hier mitzugehen, natürlich der Abänderung zustimmen (*Applaus KPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich bin mir sicher, dass die Frau Abgeordnete des Steiermärkischen Landtages die Botschaft aus der Grazer Diskussion auch mitnehmen wird. Ich darf sie auch ganz, ganz herzlich begrüßen (*allgemeiner Applaus*).

Der Abänderungsantrag der Grünen zum KPÖ-Antrag wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, FPÖ und Piratenpartei) angenommen.

Der Abänderungsantrag der Grünen zum FPÖ-Antrag wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ) angenommen.

4) Uni-Viertel

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Marak-Fischer** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Marak-Fischer**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, geschätzte Kollegen und Kolleginnen, sehr geehrte Damen und Herren auf der Tribüne! Ganz ehrlich gesagt hätte ich mir persönlich heute vor ein paar Stunden erwartet und fast auch gewünscht, dass ich den Antrag zurückziehen hätte können. Stadträtin Elke Kahr hat dort eine Frage zum Thema Uni-Viertel beantwortet und hat auch angedeutet, dass es einen runden Tisch geben soll und ich habe mir dann eigentlich erhofft, dass, was auch in unserem Antrag jetzt drinnen ist in diesem runden Tisch, dann auch an der Struktur sich wiederfindet, dann hätte ich diesen Antrag auch sehr gerne sozusagen wieder zurückgezogen, weil er nicht mehr notwendig gewesen wäre. Ich sehe jetzt da das aber nicht als gänzlich erfüllt und möchte den Antrag daher stellen. Über die Probleme im Uni-Viertel haben wir heute ja schon gesprochen. Die begleiten hier den Gemeinderat seit zehn Jahren, sie begleiten auch mich am Geidorfer Bezirksrat schon davor einige Jahre. Die Anliegen, sowohl der Anrainerinnen und Anrainer, sind berechtigt als auch die natürlich der Gastronomen, die davon natürlich auch ihr Auskommen finden und auch die Studierenden, die dort ihre Abende oder Nächte auch verbringen, haben natürlich auch ihre Anliegen und es ist generell stark zurückzuweisen, dass die immer wieder auch über verschiedenste Aussagen hin generell verurteilt werden als grölende Menge, die nur Mist hinterlässt, was natürlich in keinsten Weise auch der Fall ist. Was hier passiert ist, dass einfach pauschal zwei verschiedene Extreme herausgezogen werden, um jeweils Argumente zu sein für die eine Seite, die eine Seite, die Anliegen der Anrainer und Anrainerinnen vertritt und gleichzeitig die andere Seite auch verurteilt und als grölende Menge verunglimpft und die andere Seite wiederum, die die Spaßbremsen sozusagen in den Vordergrund stellen. Aus unserer Sicht sollte damit, wie auch heute schon von anderen natürlich erwähnt, Schluss sein. Für uns wäre allerdings hier eine sinnvolle Maßnahme, dass eine permanente Stelle eingerichtet wird, die nicht nur so wie von dir, Elke Kahr, jetzt auch angekündigt, die Ämter beinhaltet und die politische Seite, das ist wichtig, sind natürlich beide...

Zwischenruf StR.in Kahr: Weil es mit den Wirten und den BesucherInnen immer Treffen gibt.

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Marak-Fischer:** Naja, aber die alle an einen runden Tisch beziehungsweise in einen Beirat zu vereinen, das wäre unsere ideale Form, miteinander zu sprechen. Das heißt, nicht nur die Ämter, nicht nur die Politiker und Politikerinnen, sondern eben auch Vertreter und Vertreterinnen der Studierenden, das wäre aus meiner Sicht auch eine Zielgruppe, die man ansprechen sollte ganz gezielt und auch fragen sollte, was sie für Anliegen haben und unter welchen Bedingungen sie sich was vorstellen könnten. Natürlich die Wirte und auch zum Beispiel Taxiinnung oder Vertreter der verschiedenen Taxi-Organisationen, denn auch die haben hier natürlich gewichtig etwas zu beeinflussen in die positive oder negative Richtung.

In diesem Sinne möchte ich kurz gleich zum Antragstext kommen.

Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl und Stadträtin Elke Kahr werden ersucht, im Sinne des Motivenberichts einen runden Tisch mit Vertreterinnen und Vertretern der Gastronomie, Gästen, Anrainern und Anrainerinnen, Polizei, Taxi-Innung, Stadtpolitik, Behörden und Studierenden in Form eines permanenten Beirates einzusetzen, um das Unierviertel so als Lebensraum für Anrainerinnen und Anrainer zu bewahren als darin auch Platz für die in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten gewachsene Lokalszene zu bieten, denn auch das ist ein wichtiger Punkt, den ich noch kurz erwähnen darf. Was nicht passieren darf ist, dass das Uni-Viertel sozusagen ausstirbt, weder in die eine noch in die andere Richtung. Weder, dass die Anrainer und Anrainerinnen wegziehen müssen und nur noch den Lokalen Platz geboten wird als auch in die andere Richtung, dass die Lokale langsam eines nach dem anderen

schließen und das Uni-Viertel auch als lebendiger Studierendenort dadurch natürlich verliert. Dankeschön (*Applaus SPÖ*).

Bgm.-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ Schröck übernimmt um 16.55 Uhr den Vorsitz.

GR.ⁱⁿ **Bergmann** zur Dringlichkeit: Liebe Kollegin Marak-Fischer! Seitdem ich im Gemeinderat bin, seit 2003, ist das Uni-Viertel permanent ein Thema. Ich finde es, so wie Sie in ihrem Antrag geschrieben haben, dass es eine Gesprächsverweigerung gibt, das finde ich als starken Tobak, weil ich selber weiß, von allen Fraktionen, wirklich von allen Fraktionen hier im Haus hat es in der Vergangenheit immer Bemühungen gegeben, die Betroffenen an einen Tisch zu bekommen, die Studenten einzubeziehen, die Gastwirte einzubeziehen, die Bevölkerung einzubeziehen. Es sind hier die verschiedensten Maßnahmen schon gesetzt worden und es hat sich einfach, wie auch die Frau Stadträtin heute schon gesagt hat, wenn das alles so einfach wäre und wenn das so einfach wäre, wir installieren einen Beirat und damit können wir das Problem lösen, dann wäre dieses Problem nicht mehr das Problem, das es heute ist. Es gibt, glaube ich, von Seiten des Herrn Bürgermeisters, es gibt von Seiten der Frau Stadträtin Bemühungen, einen permanenten Gesprächsprozess hier aufrecht zu erhalten, da gebe ich Ihnen Recht, es passiert eben nur, wenn Gespräch geführt werden und wenn Lösungen gefunden werden, aber es gibt auch Entscheidungen vom Verwaltungsgerichtshof, es gibt Gesetze, die müssen einfach eingehalten werden und da kann es nicht so sein, dass dann Betreiber von Lokalen bei uns in den Klubräumen vorstellig werden und da dann ganz einfach ersuchen, dass wir diese Gesetze negieren, das geht nicht. Es gibt Gesetze, die müssen eingehalten werden

und hier müssen Lösungen gefunden werden. Aus diesem Grund werden wir der Dringlichkeit nicht zustimmen (*Applaus KPÖ*).

GR.ⁱⁿ **Kaufmann**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, hoher Gemeinderat! Wer meine politischen Aktivitäten vor meiner Gemeinderatstätigkeit mitverfolgt hat, weiß, dass mir das Thema Uni-Viertel sehr am Herzen liegt und dass es aus Jugendsicht natürlich etwas ist, was uns beschäftigt, keine Frage. Aber, und das hat die Alexandra Marak-Fischer auch ausgeführt, es sind einfach die unterschiedlichen Gruppen, die unterschiedlichen Interessen, die da hochgespielt werden. Und teilweise ist es auch schon gar nicht mehr klar erkennbar, was jetzt eigentlich wirklich so das Thema ist, wo sind die Punkte, die diskutiert gehören, was können wir verändern, was können wir als Stadt verändern, wo brauchen wir auch Unterstützung von anderen Gebietskörperschaften beziehungsweise Institutionen? Und genau das soll ja jetzt passieren. Es soll, wie der Herr Bürgermeister heute auch schon beschrieben hat, mit der Befragung, die auch in Kooperation mit der Wirtschaft stattfindet, klar und deutlich gemacht werden, wo sind die Punkte, wo können wir ansetzen, was können wir machen, was müssen wir machen, um ein friedvolles Miteinander in dem Uni-Viertel auch zusammenzubringen. Auch die runden Tische sind Hand in Hand gehend mit der Wirtschaft, mit den VertreterInnen, das heißt, es gibt da ja ständig Gespräche und diesen Beirat, den du angesprochen hast, den gab es sogar schon einmal und da gab es schon vor Jahren dazu die Möglichkeit auch, sich auszutauschen. Aber, und nachdem wir das Thema alle sehr, sehr lange kennen, du schreibst das auch selbst im Antrag schon seit zehn Jahren oder seit mehr als zehn Jahren in Wahrheit das diskutiert wird, so einfach ist das nicht zu lösen, das haben wir alle gelernt, das habe auch ich gelernt, dass es nicht ganz so einfach ist, die Herausforderungen, die dort vor Ort sind, einfach zu lösen und zu sagen, so, und ab

morgen ist es anders. Der Dringlichkeit können wir nicht zustimmen, weil du schreibst erstens, dass es seit zehn Jahren ein Thema ist, zweitens laufen die Gespräche und drittens wirst du wahrscheinlich das auch miterlebt haben in deiner Studienzzeit, außer du hast so viel studiert, dass du nie im Uni-Viertel fort warst, dass es einfach etwas ist, was einfach intensivere Ideen und Gespräche wahrscheinlich noch brauchen wird und daran wird gearbeitet und deswegen ist es aus unserer Sicht nicht dringlich (*Applaus ÖVP*).

GR. Ing. **Lohr**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeister, hoher Gemeinderat! Auch von uns eine Wortmeldung zum Dauerbrenner, haben wir heute alles schon mehrmals gehört, aber ich finde auch, es ist wichtig, dass dieses Thema heute wieder im Gemeinderat ist, denn Bemühungen, wie die Klubobfrau der KPÖ gesagt hat, also die kann ich nicht wirklich noch erkennen, da muss man wirklich sagen, zumindest öffentlichwirksam hat das der Bürgermeister Nagl und Stadträtin Kahr hier, die hauptverantwortlich sind, schleifen lassen. Sicherheitspolitische Bedenken habe ich gehört in der Fragestunde, die werden da immer vorgeschoben, da wird dann natürlich mit der Statistik gearbeitet, wie viel Taschendiebstähle oder Handydiebstähle im Uni-Viertel passieren, also wenn man diesen Maßstab zum Beispiel am Griesplatz anlegen würden, dann müssten wir dort alle Lokale schließen (*Applaus FPÖ*). Also was dort an Kriminalität vorherrscht, dann hätten wir dort sehr viele Lokale schon schließen müssen, sieht man jede Woche im Fernsehen, da gibt es jetzt von einem privaten Fernsehsender am Montag von der Karlauer Polizeistation und da sieht man dann schon, welche Kriminalität auch im Griesviertel herrscht. Es gibt natürlich bei Menschenansammlungen dann immer die eine oder andere sicherheitsbedenkliche Geschichte, das gibt es auch in den Großraumdiscos, aber da verwehre ich mich, dass im Uni-Viertel so Sicherheitsbedenken herrschen.

Gastronomen haben eben das Viertel schon verlassen, die Studentenstadt vertreibt die Lokalgäste, kann man in den Zeitungen lesen, also so kann es nicht weitergehen. Der runde Tisch, das sage ich natürlich auch, ist noch nicht der Weisheit letzter Schluss, es kann wieder nur ein neuerlicher Startschuss für Lösungen sein, ein paar Dinge sind im Motivenbericht ja schon angeführt. Auch von unserem Verkehrsstadtrat ist ja die Idee mit den E-Taxis als Erstes gekommen, also auch das eine wichtige Maßnahme, um dort für Ruhe zu sorgen, weil natürlich auch die anfahrenden und bremsenden Taxis natürlich auch da zur Lärmbelastung beitragen. Also im Großen und Ganzen müssen wir das weiter beobachten, weiter verfolgen und können dem Antrag aber heute zustimmen (*Applaus SPÖ und FPÖ*).

StR.ⁱⁿ **Kahr** zur Geschäftsordnung: Und zwar, Herr Gemeinderat, Sie haben gesagt, Sie müssen sich verwehren und ich möchte mich zur Geschäftsordnung auch verwehren, dass Sie nämlich den Privatsender, weil den kenne ich, weil der hat nämlich bei uns im Büro angerufen und hat gesagt, habt ein paar Geschichten für uns von Leuten in der Triester Siedlung, die wir drehen? Die haben wir natürlich nicht und mit dieser Wortmeldung und das, was dieser Privatsender da betreibt, ein ganzes Stadtviertel und Bewohner unserer Gemeindemieter zur kriminalisieren, da verwehre ich mich nämlich (*Applaus KPÖ und Grüne*).

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Marak-Fischer**: Den Wortmeldungen entnehme ich, dass die Dringlichkeit möglicherweise nicht die Zustimmung findet. Ich glaube, wir würden damit allerdings wieder ein Lehrstück liefern, demnach wir uns zwar einig sind, was wir wollen, aber so uneinig darin, wie wir es erreichen, dass dann offensichtlich nichts Neues passiert.

Ich finde die Befragung im Uni-Viertel ist eine ganz wesentliche Geschichte, die der Herr Bürgermeister hier angekündigt hat, das kann jedenfalls nützen, ich glaube aber nicht, dass das jetzt vor allem unmittelbar, nachdem eine Befragung doch einige Zeit dauert und vor allem bis dann wieder Ergebnisse vorliegen, werden wieder Monate vergehen. Ich glaube nicht, dass das unmittelbar jetzt eine Lösung oder eine Erleichterung weder für die Anrainer noch für die Studierenden noch für die Lokalbetreiber darstellt und deswegen ist es aus meiner Sicht unmittelbar jetzt zuwenig. Ich sehe es sehr wohl als dringlich, liebe Martina Kaufmann, ich glaube, dass wir inhaltlich nicht so weit entfernt sind, daher würde ich mir noch immer wünschen, dass Ihr die Dringlichkeit unterstützt, muss es aber auch so zur Kenntnis nehmen. Danke (*Applaus SPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen SPÖ, FPÖ, Grüne und Piratenpartei) abgelehnt.

Die Vorsitzende erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

5) Gewährleistung unabhängiger frauenpolitischer Arbeit in Graz

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Grabe** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Grabe**: Ich gehe gleich nahtlos über von der kurzen Diskussion oder dem kurzen Frage- und Antwort-Part, den wir vorher schon in der Fragestunde hatten. Es

ist wohl jetzt allen Beteiligten klar, worum es geht. Ein Punkt, der vorhin schon andiskutiert wurde, ist die Darstellung, die wir gestern und heute in den Medien vorgefunden haben über die Performance, über die Leistungen, die die bisherige Frauenbeauftragte angeblich nicht erfüllt hat und ich möchte, weil das einfach immens wichtig ist, dass da keine Rufschädigung betrieben wird, dass die Sachen wirklich klargestellt werden, das auch noch einmal für euch und für Sie ausführen. Vorhin war das Gespräch in der Fragestunde vor allem an die Frau Stadträtin, Frau Vizebürgermeisterin, jetzt möchte ich mich an Sie und an euch wenden, weil ihr auch potentielle MultiplikatorInnen seid. Erstens, es ist natürlich legitim zu sagen, wenn man das möchte, dass die Ausrichtung einer solchen Stelle sich ändern soll. Ich persönlich finde nicht, dass es sich ändern soll, weil ich es sehr wohl wichtig finde, dass es nicht nur Einzelfallberatung gibt, sondern dass eine Frauenbeauftragte aktives politisches Monitoring macht, kritische Rückmeldungen machen kann usw. Es ist enorm wichtig, dass die Unabhängigkeit vollkommen uneingeschränkt ist und nicht, wie vielleicht jetzt, das werden wir ja sehen, Abhängigkeit geschaffen wird dadurch, dass man erst einmal um ein Budget ansuchen muss, dass noch bisher nicht klar ist, ob man überhaupt Öffentlichkeitsarbeit machen darf, Pressekonferenzen machen darf usw. Es ist eine massive Schwächung des Frauenrates als überparteiliches Gremium, wenn dort nicht einmal mehr eine Infrastruktur vorhanden ist, wenn nicht einmal mehr eine Bürounterstützung da ist, nicht einmal offenbar, wissen wir nicht, werden wir sehen, hoffentlich ein Budget da ist, um Aussendungen, Flyer, was auch immer, was zu machen, die Webseite betreuen usw. Aber gehen wir zurück zu dieser Ausgangsfrage. Ich zitiere noch einmal aus der Kleinen Zeitung von gestern, was über die bisherige Funktionsausübung gesagt wurde. Das was als Kernaufgabe, behaupteterweise, was als Kernaufgabe auf diesen Posten zu erledigen gewesen wäre, ist nicht passiert. Noch einmal die Betonung, es ist definitiv nicht Kernaufgabe gewesen, reine Einzelfallbetreuung zu machen. Alle, die ihr oben vom Frauenrat Vertreterinnen seid, diejenigen wie Uli usw. die lang im Frauenrat sind, ihr wisst es

ganz genau, es ist vor sechs Jahren genau diese Diskussion geführt worden, dass gewünscht war, weg von, also nicht ganz weg von Einzelfallberatung, deswegen steht es ja auch noch drinnen, dass es an erster Stelle steht, heißt noch lange nicht, dass das die 99,9 %-Frage ist, dass es 99,9 % der Tätigkeit ist. Es steht simpel einfach an erster Stelle. Was daneben aber auch steht und was eben nicht in den Zeitungen berichtet wird ist, Ombudsstellentätigkeit heißt laut dem 2009 beschlossenen Gemeinderatsstück Zusammenarbeit mit Frauenorganisationen und Projekten, ist erfolgt, Zusammenarbeit mit dem Frauenrat, ist laufend erfolgt, Erstgespräche für hilfesuchende Frauen, ja nona net ist das erfolgt, wenn es aber nur eine 30-Stunden-Anstellung gibt und daneben immerhin noch neun Unterpunkte, auf die ich gleich kommen werde, ist klar, dass das nicht 50 Beratungen pro Tag sind. Recherchen zur Problemlage, die von Frauen herangezogen werden, nona ist das erfolgt, Stellungnahmen beziehungsweise Vermittlungsgespräche zur Unterstützung von Frauen, regelmäßige Berichte an Politik und Verwaltung, es hat eigene Arbeitsgruppen gegeben, ob das jetzt die Haus-Graz-Reform-Begleitgruppe war, andere, wo es um unsere Statuten und sonst etwas geht, Vernetzungsarbeit, ja nona, mit Fraueneinrichtungen, mit all diesen NGOs, mit Stadt/Land-Ebene, mit anderen Frauenbeauftragten in anderen Städten, Öffentlichkeitsarbeit, die Geschäftsführung im Verein Frauenrat war dabei und Vorsitz im Vereinsorgan des Grazer Frauenrates und wenn da jetzt noch einmal medial kolportiert wird, dass die früher unabhängige Frauenbeauftragte ihre Tätigkeit nicht erfüllt hat, dann sollte man sich wirklich überlegen, ob das nicht Rufschädigung ist (*Applaus Grüne*). Ich appelliere an euch, diesen falschen Darstellungen, dieser Verzerrung immer wirklich entgegenzutreten, es ist für mich Rufschädigung. Jetzt zu dem Antrag, ich weiß schon, dass er nicht einmal eine Dringlichkeit bekommen wird, das finde ich sehr bedauerlich auch von Seiten der ÖVP, auch wenn wir vorher im Vorfeld über einiges gesprochen haben. Wichtig wäre, du glaubst, liebe Sissi, dass die Zusagen, die du mündlich bekommen hast, garantiert sind. Der erste Punkt ist, dass wirklich die Unabhängigkeit der

Konstruktion der Stelle gewährleistet ist, da reicht nicht, ein einfacher Dienstvertrag, sondern das bedeutet auch, dass man finanzielle Ausstattung hat, das ist mein vierter Punkt. Das Zweite ist, dass der Aufgabenbereich natürlich ausgeweitet sein soll, wenn es reine Beratungstätigkeit ist, wir haben etliche gute Beratungseinrichtungen, die fachspezifisch sind, die brauchen nur mehr Geld und mehr Absicherung, aber die brauchen keine zusätzliche weitere Funktion, die ausschließlich Beratungstätigkeit macht, sondern die Stadt braucht etwas, was sie sich bisher als Geschenk gegeben hat. Bisher hat die Stadt sich den Luxus geleistet, dieses wirklich gute demokratiepolitische Geschenk, eine unabhängige Organisation außerhalb zu haben, das ist der Frauenrat mit seinem kritischen Monitoring und eine unabhängige Frauenbeauftragte, deren Aufgabe genau auch das war, unter anderem die Politik der Stadt Graz aus frauenpolitischer Sicht kritisch zu durchleuchten. Wenn wir das nicht fortsetzen, wenn es jetzt so weitergeführt wird wie, vielleicht werden wir korrigiert, das wäre schön, aber wenn es so fortgeführt wird, wie es momentan kolportiert wurde über die Medien, über die Einzelgespräche, dann ist diese Funktion weg, dann haben wir einen Frauenrat, der keinerlei Rückhalt mehr hat in der Politik, der, wurde auch schon gesagt, das könnt ihr dann ja als Privatsache noch machen, der keinerlei Infrastruktur hat und wir entledigen uns eines wichtigen demokratischen Kontrollorganes, das in der Funktion der unabhängigen Frauenbeauftragten bestanden ist und in der Funktion des Frauenrates. Wie gesagt, ich weiß, der Antrag geht nicht durch, ich appelliere zumindest, die Rufschädigung durch eure Wortmeldungen außerhalb zu beenden und wirklich darauf hinzuweisen, dass in der Stelle, ich kann es gerne allen ausstellen, dass es nicht und nicht Kernaufgabe war, ausschließlich diese Beratungstätigkeit zu machen und dass der Großteil der Evaluierung wirklich von 100 % und die anderen von 80 % der Umsetzung ausgegangen sind und das ist, denke ich, das, was von der Tätigkeit der letzten fünf Jahre übrig bleiben sollte und nicht einmal/zweimal in die Medien kommt mit einer

untergriffigen Beurteilung von der Tätigkeit der letzten Frauenbeauftragten. Danke (*Applaus Grüne*).

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Taberhofer** zur Dringlichkeit: Sehr geehrte Bürgermeisterstellvertreterin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich melde mich zur Dringlichkeit, weil ich im Interesse der KPÖ auch noch einmal verdeutlichen möchte die Stellenwertfunktion, Aufgaben einer unabhängigen Frauenbeauftragten. Nachdem in den 80er-Jahren die erste Frauenbeauftragte, also die Grete Schurz und der Bürgermeister Stingl, also dann die Finanzierung und der Beginn der konkreten Arbeit damit gesichert worden ist, war das historisch gesehen was ganz Besonderes, es war nämlich die erste Frauenbeauftragte in ganz Österreich und was aus unserer Sicht, aus KPÖ-Sicht, auch einen wichtigen Stellenwert hat, ist es, dass sie parteiunabhängig und weisungsungebunden diesen Aufgaben nachgehen hat können. Jetzt ist über die Medien transportiert worden, Kernaufgabe sei allein Beratungen, individuelle Beratungen und Hilfestellungen für Frauen, in diese Richtung den Schwerpunkt zu setzen. Aufgabe einer Frauenbeauftragten war aber größer, breiter, also natürlich war Beratung und individuelle Hilfestellungen zu leisten in verschiedenen Bereichen kontinuierlich, hat das auch einen Stellenwert gehabt, es hat teilweise im psychologischen, im juristischen und auch in Behindertenfragen auch konkrete Beratung gegeben. Was aber ganz, ganz wesentlich ist und was durchaus eine Errungenschaft ist, die in Graz eine große Bedeutung hat ist, dass also die Frauenbeauftragte gesellschaftspolitisch auch frauenspezifische Fragestellungen, Interessen und Problemstellungen thematisiert hat und über die Einrichtung eines Frauenrates, der ein unabhängiges, überparteiliches Gremium ist, eine Vernetzung aller frauenspezifischen Initiativen oder auch Privatfrauen, die nicht oder auch Vertreterinnen von Parteien, die gemeinsam über Belange und Interessen von Frauen

in unserer Stadt gemeinsam diskutiert und öffentlichkeitswirksame Maßnahmen gesetzt haben. Das heißt, es ist viel breiter zu sehen und wenn man jetzt sagt, Reduktion auf diese über die Medien transportierte Kernaufgabe, dann ist das aus meiner Sicht nur ein Bruchteil dessen, was eine unabhängige Frauenbeauftragte bislang geleistet hat. Was für mich dann auch eine Einengung auf der thematischen Ebene, was da kolportiert worden ist, dass die Schwerpunkte anders zu setzen sind, nämlich die Konzentration auf Karriere, Arbeit und Gewaltschutz, das allein sind wichtige, wesentliche Punkte und da gibt es genug Bedarf, aber es engt, es ist für mich eine thematische Einengung und reduziert also Aufgabenstellungen, die jetzt von ganz vielen verschiedenen Fraueninitiativen in verschiedenen Bereichen gesetzt werden und es reduziert das auf eine Konzentration in diese Richtung. Das halte ich für problematisch. Das Thema Gewaltschutz hat einen ganz wesentlichen Stellenwert, wenn ich es aber jetzt, also jetzt herausgenommen das Thema Gewalt, wenn ich das jetzt reduziere auf individuelle Probleme und Hilfestellungen und auch reduziere darauf, dass ich also Gewalt jetzt nur mehr auf der psychischen und physischen Ebene ansetze...

Bgm.-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ **Schröck**: Ich bitte dich, langsam zum Ende zu kommen. Du hast bereits eine Minute überschritten.

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Taberhofer**: ...dann würde ich sagen, ein wesentlicher Aspekt spielt dann keine Rolle, nämlich strukturelle Gewalt und das sind für mich ganz, ganz viele andere Themenstellungen der Fraueninitiativen, auch irgendwie zu sehen, wo sie Angebote setzen, die fehlen und wo für mich irgendwie der Stellenwert wichtig ist, das ist auf

alle Fälle für mich ein ganz wesentlicher Punkt, dass eine Einschränkung und Eingrenzung nicht im Interesse der Frauen in unserer Stadt ist, sondern im Gegenteil es bedarf im selben Maße noch mehr an Aktivitäten und Hilfestellungen (*Applaus KPÖ*).

Bgm.-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ **Schröck**: Ich möchte darauf hinweisen, dass ich das nicht sage, weil es mich persönlich stört, sondern weil ich es sagen muss, es sind Beifallsbekundungen auf der Galerie grundsätzlich untersagt. Darauf möchte ich noch einmal hinweisen.

GR.ⁱⁿ **Potzinger**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, hohe Regierung, hohe Regierung, geschätzte Damen und Herren auf der Galerie! Ganz kurz einige Punkte, liebe Daniela, ich schätze dich sehr als Kämpferin für die Sache der Frauen, habe mich aber jetzt schon gewundert, dass du deinen dringlichen Antrag gar nicht, nicht einmal den Antragstext, vorgetragen hast. Da drinnen ist zum Beispiel im Punkt 2, ich darf das für dich nachholen, gefordert: „Die Besetzung der unabhängigen Ombudsstelle erfolgt wie bisher nach einer öffentlichen Ausschreibung.“ Ich bin hier nicht die Anwältin der Frau Vizebürgermeisterin, aber sie hat bereits in der Fragestunde klargestellt, natürlich wird es schon sehr bald diese öffentliche Ausschreibung geben. Deine Aufforderung bisher der letzten im Amt befindlichen unabhängigen Frauenbeauftragten noch ein Wort des Dankes zu sagen, komme ich von Herzen gerne nach, ich nenne ihren Namen, Maggy Janzenberger hat wirklich hervorragende Arbeit geleistet. Ich denke auch im öffentlichen, medialen Bereich, ich denke an ihre Kampagne gegen Sexismus in der Werbung, sie hat gut vernetzt und auch als

Ombudsfrau gewirkt, aber vielleicht da für diesen Bereich zuwenig Zeit gehabt. In einer modernen sich entwickelnden Stadt ergeben sich auch immer wieder neue Schwerpunkte, man kann deshalb ruhig die Prioritäten auch neu ordnen und diskutieren. Eine kleine Kritik, Frau Vizebürgermeisterin, ich hätte mir mehr Transparenz im Vorfeld gewünscht, so wie es bei deiner Vorgängerin üblich war, dass die Frauenvertreterinnen aller Fraktionen auch eingeladen wurden, wenn eine Evaluierung eines externen Institutes auf den Tisch gekommen ist und informiert wurden vor den Medien. Aber du hast gestern im persönlichen Gespräch schon vieles klargestellt. Vertrauen in Frage zu stellen, ist für mich überaus problematisch, liebe Daniela Grabe, ich glaube nicht, dass es angebracht ist, von diesem Rednerpult aus der Frau Vizebürgermeisterin ein Misstrauen auszusprechen. Ich habe, auch für meine Faktion, keinen Grund, der Frau Vizebürgermeisterin zu misstrauen, sie hat in Aussicht gestellt, es wird selbstverständlich wieder eine unabhängige weisungsungebundene Frauenbeauftragte geben und ich hoffe, dass wir auch in Zukunft gemeinsam als Politikerinnen mit den Vertreterinnen der Frauenorganisationen, aber insgesamt mit den Frauen dieser Stadt, gut zusammenarbeiten und ihre Anliegen ernst nehmen. Deshalb werden wir die Dringlichkeit ablehnen, denn diese Arbeit ist ein Dauerauftrag (*Applaus ÖVP und SPÖ*).

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Marak-Fischer:** Sehr geehrte Frauenstadträtin, liebe Kollegen und Kolleginnen, geschätzte Damen und Herren auf der Tribüne, liebe Daniela! Die Frauenbewegung seit ihrem Anbeginn an war eine Bewegung, die sich um Veränderung bemüht hat, um Veränderung des Status quo. Das Gegenteil davon wäre es, das zu konservieren, was derzeit besteht. Die Gesellschaft verändert sich und die Frauenbewegung wollte immer eine weitere Veränderung der Gesellschaft.

Strukturen genauso zu lassen, wie sie, in dem Fall seit 1986, sind und sich in keinsten Weise darum zu bemühen, wie tatsächlich die Situation in der Stadt Graz, das ist aus meiner Sicht nicht der Frauenbewegung würdig. Aus meiner Sicht hat die Frauenstadträtin genau das gemacht, was notwendig war, nämlich wieder einmal ganz genau hinzuschauen, wo geht das im Übrigen viel zu geringe Frauenbudget hin, wo fließt das hin, was sind die Aufgaben, was sind die Kernaufgaben, was sind die Herausforderungen der Zukunft. Dafür hat sie sich und hat immer transparent darüber informiert, die Frauenvereine waren selbstverständlich auch in alles eingebunden, haben an den Kriterien mitgearbeitet und Ähnliches, für diese Evaluierung hat sie sich jetzt ein knappes Jahr auch Zeit genommen. Und das diese Ergebnisse dann auch zu politischen Entscheidungen führen, ich glaube, das ist ihre Verpflichtung als Frauenstadträtin, sich darum zu kümmern, dass die Steuergelder, die Gott sei Dank auch in Frauenanliegen fließen und leider viel zu wenig auch in Frauenanliegen fließen, dann auch sachgerecht und sinnvoll eingesetzt werden (*Applaus SPÖ*). Diese Schwerpunktsetzung, die jetzt auch veröffentlicht worden ist, diese Säulen, die aufgestellt worden sind, das ist eine politische Verantwortung, die sie wahrnimmt und die sie wahrnehmen muss. Und dass die Schwerpunkte in Zukunft in Arbeit und Beschäftigung oder in Gewaltschutz fließen, ich glaube, da kann ja wohl niemand hier in diesem Raum sagen, das ist sinnlos, das sind die falschen Schwerpunkte. Und wenn man sich das anschaut die Schwerpunkte, in die bis jetzt am meisten Geld geflossen ist, in die fließt ja nach wie vor am meisten Geld. Das heißt, man kann ja nicht davon sagen, dass jetzt irgendetwas dieser Dinge völlig weggefallen ist, aber die Schwerpunkte, die gesetzt werden, das ist Aufgabe und das ist auch Sache der politisch Zuständigen. Die Ziele, die die Frauenbeauftragte von Anfang hatte und die auch in der neuen Ausschreibung definiert gewesen wäre, wo sich dann aber keine geeignete Kandidatin gefunden hatte, die sind auch für die neue Ombudsschaft wieder gegeben und auch wenn es jetzt auf euren T-Shirts oben steht, Daniela, mit der Unabhängigkeit, Weisungsfreiheit ist Unabhängigkeit und

parteiunabhängig, ja was wird denn die neue Frauenbeauftragte wird ja wohl nicht von einer Partei gestellt werden, was wäre denn das für ein Signal? Also Unabhängigkeit, ich glaube nicht, dass ihr definieren solltet, was Unabhängigkeit ist, aber Weisungsungebundenheit ist, aus meiner Sicht kommt dem Wort Unabhängigkeit ja wohl ziemlich nahe. Dass jetzt nicht das passiert, was eigentlich passieren sollte für die Frauen dieser Stadt, nämlich dass alle Parteien an einem Strang ziehen und zum Beispiel auch bei der wirklich sehr, sehr hervorragenden Initiative des Frauenmentorings für Frauen im Haus Graz an einem Strang ziehen, finde ich ausgesprochen bedauerlich, ist aus meiner Sicht kontraproduktiv und eigentlich auch ein Stück weit enttäuschend und was man noch dazusagen muss ist, wenn jetzt Begriffe wie Rufschädigung oder Ähnliches passieren und vorgeworfen werden, wenn der Frauenstadträtin mangelnde Wertschätzung für die Fraueneinrichtungen vorgeworfen wird, dann ist das politisches Kleingeld und hat in keinster Weise etwas mit der Realität und mit den tatsächlichen Wollen und Zielsetzungen der Frauenstadträtin zu tun, das möchte ich auch noch einmal dazusagen und dagegen möchte ich mich auch heftig verwehren (*Applaus SPÖ*). Nachdem die Redezeit langsam zu Ende ist, möchte ich nur sagen, ich hoffe, dass wir jetzt... selbstverständlich werden wir der Dringlichkeit nicht zustimmen und ich hoffe auch, da im Sinne der Mehrheit zu sprechen (*Applaus SPÖ*).

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Schleicher**: Hoher Gemeinderat, liebe Zuhörer! Wir werden dem Antrag und der Dringlichkeit auch nicht zustimmen. Wir haben ja in den letzten Jahren immer wieder die Stelle, also die Stelle, niemanden persönlich, der unabhängigen Frauenbeauftragten kritisch hinterfragt und wenn man sich jetzt die Effizienz der Arbeit, die aus der Zeitung eben zu entnehmen ist, anschaut, 385 Fälle in fünf Jahren, also nicht 50 in der Woche, nicht 50 im Monat, sondern 77 im Jahr, dann war unsere

Kritik offenbar berechtigt. Auch, wenn das Hauptaugenmerk auf Öffentlichkeitsarbeit lag, erscheinen die wenigen Kontakte recht dürftig und in unseren Augen sind gerade die persönlichen Beratungen das Wichtige. Aber nur weil wir jetzt diesem Antrag nicht zustimmen, heißt das nicht, dass wir die Idee der Frau Vizebürgermeister gut heißen, die neben der erwähnten Ombudsstelle auch ein neues Fördermodell beinhaltet. In Zeiten des eisernen Sparens, in Zeiten, wo jetzt wieder ein Megakredit von 95 Millionen aufgenommen wird, sehen wir nicht ein, warum hier 675.000 Euro bereitgestellt werden und ein paar Frauenvereine jetzt sogar ihre Förderungen verdoppelt bekommen. Ich werde als Ausschussmitglied im Ausschuss für Frauenangelegenheiten auf alle Fälle die Möglichkeit nutzen, beizeiten kritisch zu hinterfragen, ob auch die gebotenen Leistungen für die Frauen beziehungsweise die Kontakte verdoppelt wurden und möchte mich auch der Kritik von Gemeinderätin Potzinger anschließen, dass die Transparenz, was die Evaluierung beziehungsweise jetzt die Mitteilungen anlangt also zu wünschen übrig lässt (*Applaus FPÖ*).

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Grabe**: Nachdem ja absehbar ist, dass die Dringlichkeit abgelehnt wird, natürlich ein Schlusswort. Ein Nachtrag zu der Frage, ist zuwenig Beratungstätigkeit gemacht worden und warum kommt diese Kritik medial ausgerechnet jetzt? Fünf Jahre lang hat es jedes Jahr einen Tätigkeitsbericht gegeben, einen detaillierten Tätigkeitsbericht der Frauenbeauftragten. Dieser Tätigkeitsbericht ist erstens vorgestellt worden im Frauenrat bei der jährlichen Jahreshauptversammlung, oder so ähnlich heißt das, bei diesen Sitzungen ist erstens immer die Leitung des Frauenreferates eingeladen, bisweilen auch anwesend, es ist zweitens auch immer die Möglichkeit für die jeweils aktive, jeweils gültige Stadträtin aus dem Bereich Frauen, daran teilzunehmen, dort mitzudiskutieren, Anregungen, Kritik, alle diese Dinge einzubringen. Fünf Jahre lang, jedes Mal ist schriftlich das vorgelegen, es ist

präsentiert worden, es ist keine einzige Rückmeldung gekommen. Weiters, alle fünf Jahre musste um die Jahressubvention abzurechnen, wie das eben üblich ist, genauso mit einem Tätigkeitsbericht und einer Abrechnung der Tätigkeiten, das dem zuständigen Ressort beziehungsweise dem Referat vorgelegt werden, fünf Jahre ist die Abrechnung jedes Jahr, weil ja, natürlich auch korrekt, belegt worden, fünf Jahre lang hat es keine einzige Rückmeldung, keine einzigen Kritikpunkte gegeben, keine einzige Anregung, der Frauenrat wäre durchaus bereit gewesen, bestimmte Dinge zu diskutieren, es wäre durchaus eine Möglichkeit gewesen zu sagen, ok, schauen wir uns das in der Halbzeit einmal an. Was nicht diskutabel war, war dass Unabhängigkeit in Frage gestellt wird oder so etwas. Aber die Frage, ob man eine bestimmte Anpassung usw. macht, wenn die Frage nie gestellt wird, wie soll man bitte auf diese eingehen? Zu dem Inhaltlichen jetzt noch, warum nur so wenige Beratungen? Damals, als das Konzept oder die Vorgängerkonzepte entwickelt worden sind, möglicherweise war einfach noch nicht so gut die Erreichbarkeit von spezifischen Fraueneinrichtungen über die ganzen Möglichkeiten, die das Internet bietet. Es gibt eben heute halt auch viele Frauen, die den direkten Weg erfreulicherweise finden. Aber zurück zum Ausgangspunkt, fünf Jahre lang keine Wortmeldung und da fragt man sich schon, warum jetzt plötzlich, ohne dass das vorher thematisiert wurde, über die Zeitungen so etwas ausgerichtet wird und dargestellt wird für alle Leute, die nicht beteiligt sind, das die unabhängige Frauenbeauftragte ihre Arbeit nicht gemacht hätte. Zweiter Punkt, Dringlichkeit abgelehnt, Sissi Potzinger, du hast gesagt, du hast Probleme, wenn man das Vertrauen in Frage stellt. Ich habe etliche Male hier angefragt, wird die unabhängige Frauenbeauftragte ausgestellt, wird diese Ausschreibung wiederholt. Es war im Herbst 2013, es war im Frühling 2013 wurde versichert beide Male, ja das wird ausgeschrieben. Im April 2014 wurde zugesichert bei meinem dringlichen Antrag, ja, das wird eh ausgeschrieben, im September 2014 auch. Es war kein einziges Mal Thema, dass es in einer anderen Form ausgeschrieben wird. Auch schon, als die Evaluierung im September schon bekannt war, war auch

noch nicht Thema, dass es da irgendwie Kritik an der inhaltlichen Ausrichtung gibt, also deswegen ist mein Vertrauen in die Zusage, dass jetzt alles großartig, wunderbar und vor allem, Transparenz war vorher ein Stichwort, Transparenz neu aufgesetzt wird, gemeinsam mit den Frauenpolitikerinnen hier im Haus, gemeinsam mit dem Frauenrat als demokratisches Gremium, das wir uns als Stadt selber zugeteilt haben und selber geschenkt haben, dieses Vertrauen ist bei mir, mit Verlaub, eingeschränkt. Letzter Punkt, weil du gemeint hast oder zwei letzte Punkte, es wäre schön, wenn wir an einem Strang ziehen würden, o ja, es wäre aber auch schön gewesen, in der Frage der Neuausrichtung oder was auch immer Rückmeldungen zu der Tätigkeit der Frauenbeauftragten. Da ist kein einziger gemeinsamer Strang gewesen, das wäre dort schön gewesen und es wäre auch schön, wenn wir so sagen, wenn auch die Kritik gekommen ist von dir, es gäbe zuwenig Geld für den Frauenbereich. Ja nona, das wissen wir alle, ihr habt noch Zeit, wird das Budget mit eurer Zustimmung beschlossen, also tut das, was ihr dringend einfordert, dann werden wir schauen, dass wir das Ganze mit guten Projekten fördern. Danke (*Applaus Grüne*).

Bgm.-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ **Schröck**: Bevor wir jetzt zur Abstimmung über die Dringlichkeit kommen, möchte ich doch noch einiges klarstellen beziehungsweise richtigstellen. Uli Taberhofer, du hast in einer Presseaussendung gemeint, ich würde die Gesundheit aushungern und wirfst mir vor, dass ich mich auf zwei Bereiche konzentriere. Die Alexandra Marak hat jetzt ganz kurz dieses Säulendiagramm hergezeigt, ich möchte es dir noch ein bisschen ausführlicher zeigen, weil ich diesen Vorwurf schlichtweg nicht gelten lasse. Dieses Säulendiagramm zeigt, in welche Stoßrichtung künftig die Frauenförderung gehen wird. Es hat noch nie, seit Bestehen des Frauenreferates, seit Bestehen von Förderungen in dem Frauenbereich einmal ein strategisches Planen und ein Zusammenfassen in Themen gegeben. Das habe ich jetzt gemacht, es gibt

einen Bereich, nämlich Arbeit, Qualifizierung, Karriere, das sind diese beiden kleinen Säulen hier, die blaue Säule ist das, was bisher gefördert wurde, die rote wird jetzt gefördert. Man beachte immer das Verhältnis zu den anderen Säulen, also Arbeit, Qualifizierung, Karriere. Die weiße Säule Beratung, allgemeine Beratung, nicht fachspezifische Beratung. Wieder blau, bisherige Förderung, rot jetzige Förderung. Es ist ein moderates Heruntersteigen. Dritte Säule Gewaltschutz, bisher mit 7,5 % des Frauenbudgets gefördert, ja, das verdoppelt sich auf 14,6 %, das ist wirklich eine unglaubliche Einschränkung, eine thematische. Nächste Säule Forschung bleibt quasi unverändert, wird leicht erhöht. Nächste Säule Gesundheit. Gesundheit, da könnte ich als Frauenstadträtin eigentlich sagen, warum ist Gesundheit eine eigene Fördersäule, was geht mich als Frauenstadträtin das Thema Gesundheit an, das könnte ich ganz galant der Kollegin Rücker umhängen und ihr sagen, liebe Kollegin Rücker, für Gesundheit bist wohl du zuständig und da haben ja wohl Frauen und Männer gleichermaßen Berücksichtigung zu finden im Gesundheitsbudget, könnte ich sagen, tue ich aber nicht. Wir sehen immer noch die Säule Gesundheit, die äußerst hoch da drinnen ist. Letzte Säule Empowerment, auch hier ein moderates Heruntersteigen, um diese beiden kleinen Säulen Gewaltschutz und Arbeit und Beschäftigung endlich einmal moderat ein bisschen anwachsen zu lassen. Was mir da alles an Aushungern vorgeworfen wird, lasse ich mit dem, was ich da erarbeitet habe, ganz sicher nicht auf mir sitzen und eines lasse ich auch nicht auf mir sitzen, dass man mir nachsagt, dass ich Rufmord mache. Ja, ich habe ganz klar gesagt, dass das, was die Evaluierung auch gezeigt hat und auch was im Fünfjahresbericht der unabhängigen Frauenbeauftragten festgehalten ist, nicht dem entspricht, was ich mir von dieser Stelle erwarte. Und, Uli Taberhofer, weil du angesprochen hast, das ist historisch unglaublich, das war die erste Frauenbeauftragte, ja das ist es, im Jahr 1986, als die Grete Schurz vom Alfred Stingl installiert wurde, hat es keine Frauenpolitik gegeben, nirgends. Es hat eine Staatssekretärin Johanna Dohnal gegeben, es hat kein Frauenreferat im Magistrat gegeben und es hat keine

Frauenstadträtin gegeben. Das hat sich alles seither ganz klar verändert und ich halte es für unerlässlich, dass wir jetzt endlich einmal eine Auftragsklärung machen, weil das, was du in deinem dringlichen Antrag forderst, dass eine unabhängige Frauenbeauftragte installiert wird, um Veranstaltungen zu organisieren und den Frauenrat zu koordinieren, entschuldige, Daniela, drehe dich um, da hinten steht die Frau Dr.ⁱⁿ Pschaid, die das Frauenreferat leitet. Wir haben in Graz ein Frauenreferat, das genau dafür zuständig ist und ich glaube, nach diesen vielen Jahren ist es nur an der Zeit, endlich einmal dahin zu schauen und zu sagen, was hat sich verändert und vor allem, und das finde ich eigentlich schlimm, dass euch das offensichtlich so egal ist, was brauchen die Grazerinnen, und zwar nicht nur die Frauenorganisationen, sondern was brauchen die Grazerinnen und da will ich künftig hinschauen (*Applaus SPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, Grüne und Piratenpartei) abgelehnt.

Die Vorsitzende erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 18.10 Uhr den Vorsitz.

6) Zukunft der Grazer Fernwärme

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Pavlovec-Meixner** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Pavlovec-Meixner**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, wie ich erwartet habe, sind Sie in die Gemeinderatssitzung zurückgekehrt, das freut mich persönlich sehr. Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste auf der Galerie! Auf den Tag fast genau vor elf Monaten haben wir uns das letzte Mal im Grazer Gemeinderat mit dem Thema Fernwärme beschäftigt. Wie Sie alle wissen, plant die Stadt einen massiven Ausbau der Fernwärme, des Fernwärmeanschlusses, nämlich von 40 auf 60 %. Aus dem einfachen Grund, weil das eine sehr geeignete Maßnahme ist für den Klimaschutz und gegen den Feinstaub, also auch für die Feinstaubreduktion. Wir beschäftigen uns mit dem Thema Fernwärme als Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, aber auch in Ausschüssen, aber auch im Gemeinderat selbst regelmäßig mit dem Thema, wir genehmigen Förderungen, nämlich für Heizungsumstellungen und für Neuanschlüsse. In den Jahren 2008 bis 2013 wurden 7,4 Millionen Euro an Fernwärmeförderungen ausgeschüttet, das haben wir alle gemeinsam beschlossen und mit dem Fernwärmeanschlussauftrag ist es uns gelungen, nach intensiven Verhandlungen mit dem Land Steiermark zu erreichen, dass wir in bestimmten Stadtgebieten den Umstieg auf Fernwärme auch verordnen können. In der Diskussion in der Gemeinderatssitzung vom 12. Dezember 2013 rund um einen dringlichen Antrag der Grünen zum Thema „Grazer Fernwärme muss ökologischer und versorgungssicherer werden“ hatte uns der Herr Bürgermeister zugesagt, den Gemeinderat regelmäßig zu informieren über die Ergebnisse Arbeitsgruppe „Wärmeversorgung Graz 2020/2030“ und hat auch die Rahmenbedingungen festgelegt für die künftige Wärmeaufbringung in Graz, nämlich Versorgungssicherheit, kostengünstige Fernwärme und ökologisch Fernwärme, das heißt mit wenig Emissionen verbunden.

Die Zukunft der Grazer Fernwärme. In der Zwischenzeit hat sich einiges getan, die Zukunft der Kraftwerke am Standort Mellach und Werndorf ist seit Beginn des Jahres

sehr, sehr ungewiss, wenn nicht überhaupt bereits aufgegeben und es ist daher auch seit Beginn des Jahres und verstärkt seit dem Sommer eine intensive öffentliche und mediale Diskussion zu dem Thema losgebrochen. Die Arbeitsgruppe „Fernwärmeversorgung 2020/2030“ hat unter Hinzuziehung von Experten und Energieversorgungsunternehmen an Lösungen für die künftige Aufbringung der Wärme, für die Zusammensetzung der Grazer Fernwärme gearbeitet. Ein Punkt aus meinem dringlichen Antrag, den ich ja damals nicht eingebracht habe, nämlich die Verhandlungen mit der Firma Sappi über die Abwärmenutzung. Diese Abwärmenutzung macht ja die Grazer Fernwärme mit einem Schlag viel ökologischer als es derzeit ist. Die wurden ja wieder aufgenommen, das freut mich auch sehr. Aber was wir ansonsten den Medien entnehmen konnten, ist von einer Ökologisierung der Fernwärme weit entfernt.

Ich muss ehrlich sagen, ich habe mir die Zahlen angeschaut, auch die Zahlen von anderen Landeshauptstädten und da ist Graz tatsächlich, was den Anteil aus Abwärme beziehungsweise ökologisch oder erneuerbar erzeugter Fernwärme betrifft, Schlusslicht. Österreichweit, das finde ich sehr, sehr traurig, da ist ein großer Handlungsbedarf und das was jetzt irgendwie im Raum steht, nämlich dass Wasser in Kesseln warm macht, bitte, das ist Steinzeittechnologie, das haben bitte schon unsere Vorfahren gemacht mit irgendwelchen Kesseln über normalem Wasser. Ich finde das extrem traurig. Es steht außer Frage, dass die weitere Entwicklung der Fernwärmeversorgung den Prämissen der Versorgungssicherheit, Schadstoffreduktion und Leistbarkeit folgen muss. Es wird wichtig sein, ein kombiniertes Szenario aus verbraucherseitigen Maßnahmen, ich nenne da die Wärmedämmung, und versorgungsseitigen Maßnahmen zu finden und einfach einen guten Mix aus alternativen Aufbringungsformen unter Nutzung industrieller Abwärme und natürlich noch weiterer Maßnahmen.

Wir GemeinderätInnen haben eine ganz besondere Verantwortung, was die Fernwärme betrifft, weil wir eben laufend Förderungen beschließen, um möglichst

vielen Menschen auch zu ermöglichen, Fernwärme zu bekommen und wir müssen einfach schauen, dass diese Fernwärme ökologisch, nachhaltig, versorgungssicher und eine leistbare Lösung ist.

Daher stelle ich namens der Grünen folgenden

dringlichen Antrag:

1. Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl möge den Grazer Gemeinderat ehebaldigst, zum Beispiel im Rahmen der nächsten Stadtregerungssitzung, selbstverständlich auch mit dem Herrn Kollegen Pacanda als Gast, über die bisherigen Ergebnisse der AG „Wärmeversorgung 2020/2030“ informieren und damit die Beratungen auf politischer Ebene zur künftigen Wärmeaufbringung für Graz starten.
2. Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl wird beauftragt, das Ergebnis dieser politischen Beratungen den Vorständen und den Aufsichtsräten der Energie Graz sowie der Energie Steiermark zur Kenntnis zu bringen.

Ich bitte um Annahme (*Applaus Grüne*).

Bgm. Mag. **Nagl** zur Dringlichkeit: Geschätzte Frau Gemeinderätin! Die Freude ist ganz meinerseits. Wo fange ich an? Ja, wir haben uns im letzten Jahrzehnt sehr bemüht, den Anteil der Fernwärmeversorgung in der Stadt Graz massivst zu erhöhen. Wenn man im österreichischen und internationalen Städtevergleich sich die Ziffern anschaut, dann muss man auch wissen, dass Graz bislang eine sehr, sehr starke Gasversorgung hatte und wir aber auch beschlossen haben, sinnvollerweise ein

Abfallprodukt der Energiewirtschaft auch zu nutzen und deswegen unsere verstärkten Bemühungen gemeinsam mit unseren zweiten Gesellschafter, der Energie Graz, auch jährlich in etwa 10 bis 12 Millionen Euro in den Ausbau des Netzes zu investieren. Wir haben auch in den letzten Jahren gemeinsam sehr dafür gekämpft, dass es auch eine andere Handhabe, auch gesetzliche Handhabe gibt und wir jetzt de facto auch die Fernwärmeversorgung bei Neubauten, aber auch bei bestehenden Bauten mit Fristen vorschreiben können und jetzt kam diese starke Veränderung im gesamten Energiebereich. Ausgelöst durch die Förderungen, vor allem in Deutschland, massive Auswirkungen auf den Strombereich und jetzt sind wir leider an einem Punkt angelangt, wo das Produzieren von Strom sowohl mit Kohle als auch mit Gas, von Öl will ich gar nicht mehr reden, eigentlich kein Geschäft mehr ist, sondern, wenn ich so sagen darf, ein Verlust ist. Das wiederum hat zur Folge, dass die Energieversorgungsunternehmen, die die Tochter des Verbunds ist oder der Verbund selbst oder die Energie Steiermark natürlich jetzt vor großen Herausforderungen stehen. Wir haben einen gemeinsamen Weg uns auch vorgenommen, diese Thematik zu bearbeiten, mich wundert es ein bisschen, dass Sie diesen dringlichen Antrag heute stellen, man könnte fast meinen, dass Sie und die Frau Stadträtin Lisa Rücker zur Zeit nicht ganz grün sind bei diesem Thema. Der Antrag der Grünen ist deswegen für mich verwunderlich, weil ja der Leiter des Umweltamtes, der Herr Dr. Prutsch, der Leiter der Arbeitsgruppe 2020/2030 ist und Frau Stadträtin Rücker als Ressortverantwortliche auch über die Zwischenberichte sicherlich informiert sein sollte. Der Herr Dr. Prutsch dürfte über das beiliegende Zwischenergebnisprotokoll der Steuerungsgruppe auch schon mit uns allen gesprochen haben, weil ich auch immer wieder von Frau Stadträtin Lisa Rücker angesprochen werde, weil es natürlich auch schon Medienberichte über die Fernwärmeversorgung in Graz gegeben hat. Dieser offizielle Abschluss unserer Arbeitsgruppe ist vorgesehen für den 11. Dezember und wird ein diesbezügliches endgültiges Papier vorbereitet, dass dann auch von mir dem Stadtsenat vorgestellt werden wird. Die Brisanz hat leider nicht

nachgelassen, da bin ich schon bei Ihnen, aber ich möchte auch sagen, dass wir bisher folgende Strategie hatten: Die Energie Steiermark ist das Unternehmen, das die Energie aufbringt und die Energie Graz ist das Unternehmen, das für die Energieverteilung zuständig ist. Wir haben dafür vertraglich geregelte Rollenverteilung und damit weiß jeder, was er zu tun hat. Jetzt gibt es den Streit zwischen Verbund und der Energie Steiermark, das geht also um die Aufbringung von Energie und das ist im Moment ausschließlich die Verantwortung des Landes Steiermark und der Energie Steiermark. Selbstverständlich sind wir in Sorge mit dabei und wollen möglichst allen Menschen, die in Graz anschließen wollen, auch die frohe Kunde geben, na freilich wird es weiterhin eine kostengünstige, möglichst ökologische Wärme geben und wir können auch Versorgungssicherheit garantieren. Ich kann mir nicht vorstellen, und das weiß auch die Frau Stadträtin Lisa Rücker, sie hat es ja auch schon offiziell gesagt, dass der Anteil der nachhaltigen Energieformen in etwa ein zweistelliges Prozentausmaß erreichen wird. Also wir wissen, erneuerbare Energien werden aufgrund der jetzigen Untersuchungen, die wir in diesem Kreis schon erarbeitet haben, maximal 10 % betragen können. Es wird also ohne fossile Brennstoffe auch über 2020 hinaus in Graz nicht funktionieren. Dann kommt Sappi ins Spiel, Sappi ist Gott sei Dank wieder interessant, es war schon große Sorge da wirklich da, 50 Millionen Euro oder zumindest 40 Millionen Euro zu investieren, wenn man nicht weiß, ob es da auch eine Standortgarantie gibt. Die wird man vom Unternehmen Sappi auch aus Südafrika nie bekommen, aber was sie bekommen haben, und deswegen schaut es jetzt wieder gut aus, ist eine gewaltige Investition in neue Maschinen bei Sappi und das ist doch ein sehr, sehr gutes Zeichen, dass es auch in die Zukunft gehen wird. Das sollten wir abholen, da wird weiter verhandelt werden. Wir werden aber auch weiterhin aus dem Bereich von Mellach Energie brauchen. Das was jetzt mit den Kesseln diskutiert wird von Seiten der Energie Steiermark ist nichts anderes, als auch in diesem Streit Vorsorge dafür zu treffen, dass man in Spitzenzeiten Wärmekapazitäten auffangen kann. Das heißt, da gibt es auch

noch keine klaren Entscheidungen, aber das ist zumindest auch ein Vorschlag, der in der Gruppe einmal herausgekommen ist. Das heißt, das Ganze ist für mich jetzt nicht so dringlich, nachdem wir in wenigen Wochen den Endbericht auch bekommen werden. Selbstverständlich sollten wir auch strategisch jetzt nicht unbedingt plötzlich für die Fernwärmeaufbringung zuständig sein. Ich möchte auch erinnern, dass sowohl die Energie Steiermark als auch der Verbund über Jahrzehnte hinweg bei der Energiegewinnung auch gut verdient haben an der Fernwärmeversorgung. Wir im Übrigen auch, aber im besonderen Ausmaß auch die beiden Unternehmungen und die beiden Bereiche. Nur weil jetzt einmal zumindest kurz- und mittelfristig der Strompreis unten ist, sehe ich überhaupt nicht ein und auch die Estag im Übrigen nicht, dass von Verbundseite diese Kraftwerke unten stillgelegt werden. Das muss aufrecht bleiben zur Sicherheit und zur Fernwärmeversorgung, rund 100.000, glaube ich, Personen, wenn man von Mellach im Süden der Steiermark herauf bis Graz und in Graz zusammenzählt, brauchen diese Wärmeversorgung. Und ich bin auch nicht ganz so aufgeregt, weil es eine Preisregelung gibt, ich weiß nicht, ob das alle wissen, aber wir haben eine Preisregulierungsmöglichkeit, da wird durch die Preisregelungskommission festgelegt, wie hoch der Preis sein darf, den die Energie Steiermark, in dem Fall auch der Stadt Graz oder unseren Nachbargemeinden vorschreiben darf und es gibt eine zweite Preisregelung, welchen Preis wir beim Endverbraucher verlangen dürfen. Das heißt, ganz so ist die Geschichte nicht, dass die Unternehmen sagen, es kostet jetzt mehr und deswegen verlangen wir diese Preise. Also die Politik hat hier durchaus auch noch auf Landesebene ein Lenkungs- und Steuerungsinstrument. Warten wir jetzt bitte einmal den 11. Dezember ab, dann werde ich diesen Bericht weitergeben und danach wird es natürlich notwendig sein, dass wir uns einmal an einem gemeinsamen Tisch treffen, das ist im Moment nicht zu leicht, weil leider Gottes auch die Energie Steiermark und der Verbund einen Rechtsstreit begonnen haben, den müssen wir irgendwann einmal beilegen, vielleicht werden wir da auch eine Vermittlungsrolle letzten Endes haben, aber ich denke auch,

dass der Herr Landeshauptmann, der auch zuständig ist für den Bereich der Energie Steiermark, hier ein Wörtchen mitreden wird. Also das wird ein Thema sein, das uns beschäftigen wird. Bitte aber in der Zwischenzeit auch allen Grazerinnen und Grazern sagen, diese Fernwärmeversorgung werden wir so oder so sicherstellen. Wie stark wir noch ausbauen können in die nächsten Jahrzehnte, weiß ich noch nicht, wir sollten aber eigentlich gar nicht bremsen. Ich denke mir, das Netz gehört ausgebaut, dort wo wir stark verdichtete Bereiche haben, sollten wir dieses Netz ausbauen, es ist allemal besser und ökologischer, dass es im Moment die Kohle ist, tut mir auch weh, das neue Gaskraftwerk würde sich dafür viel, viel besser eignen, es ist eine der modernsten Anlagen, die auf der Welt stehen und ich hoffe, dass dieses Werk auch demnächst wieder produzieren wird. Die Debatte, ob denn in Mellach oder mitten im Stadtgebiet diese CO₂-Emissionen etc. da sein sollten, kann man auch ganz klar beantworten, es wäre uns außerhalb der Stadt lieber, aber wir müssen auch Vorsorge treffen und wir brauchen deswegen, glaube ich, denkt die Energie Steiermark auch an diese Kessel, in der Steinzeit wüsste ich noch keinen Gaskocher, aber es ist natürlich richtig, dass wir nicht eine große Therme da betreiben sollten, das ist weder wirtschaftlich, aber zur Versorgungssicherheit notwendig. Die Gesamtmenge, die wir an Wärme brauchen werden in der Landeshauptstadt Graz, wenn wir so weiter wachsen und auch weiterhin so viele anschließen, da wird Mellach alleine gar nicht ausreichen, deswegen wichtig, was können wir in Graz selbst noch von Betrieben abholen, wie können wir mit Sappi auch zu einem Ausbau kommen und wie schaffen wir es mittel- bis langfristig dann, das auch zu kriegen. Aber ich glaube nicht, dass es jetzt gleich wieder ein dringlicher Antrag sein soll, weil das sowieso schon vorgesehen ist. Also 11. Dezember die Schlusssitzung und dann werde ich das gerne in der Stadtregierung tun (*Applaus ÖVP*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP) angenommen.

StR.ⁱⁿ **Rücker** zum Antrag: Nachdem Sie mich jetzt direkt angesprochen haben, kann ich mich natürlich jetzt nicht verschweigen. Natürlich ist es so, dass wir im Klub miteinander reden und das Detail, um was es jetzt bei diesem dringlichen Antrag geht, ist das, Herr Bürgermeister, über das wir jetzt schon länger diskutieren und was wir mit diesem dringlichen Antrag noch einmal vorantreiben wollen. Es geht hier nämlich um die Eigentümerverantwortung des Landes und der Stadt hin zu den Energieversorgern. Diese Arbeitsgruppe war ja eine, die sehr vorbildlich versucht hat, Fachleute, ExpertInnen, Energieversorger an einen Tisch zu bringen, die Politik hat sich in dieser Zeit sehr zurückgehalten. Es gibt jetzt einen Zwischenbericht und der nächste Schritt wäre, dass die Stadt sich auf der Grundlage dieses Zwischenberichtes eine Meinung und eine Haltung bildet, wohin aus Sicht der Stadt der Kurs gehen soll. Und der nächste Schritt wäre, und das wäre die Bitte gewesen an den Herrn Bürgermeister, warum wir aneinander vorbeireden, die Antwort. Herr Bürgermeister, ich versuche noch einmal zu erklären, mir geht es darum, dass wir, und das haben wir schon öfter diskutiert, als Stadt uns eine Meinung bilden, wohin wir wollen auf der Grundlage dieser Arbeitsergebnisse, damit wir dann auch dem Land, das Eigentümerversorger ist, da bin ich bei Ihnen, und verantwortlich ist dafür, dem Energieversorger die Vorgaben zu machen, der für die Versorgung der Stadt zuständig ist. Aber das geht nur, wenn wir uns politisch aufstellen und das muss auf der Grundlage passieren. Ich möchte mich nicht darauf verlassen, dass die Steuerungsgruppe, in der die Energieversorger den Ton angeben, am Ende dann die politische Strategie wieder vorgibt. Weil wir wissen, dass die nicht das erste Interesse haben nach Nachhaltigkeit, Leistbarkeit, Versorgungssicherheit, sondern wir wissen, dass dort auch andere Interessen dahinter sind. Das haben wir in der ganzen Phase der Arbeitsgruppe gesehen und deswegen der Wunsch, dass wir in der Stadt diskutieren, was ziehen wir als Stadt für Schlüsse, mit denen wir wirklich bei der Landespolitik uns vorstellig machen, um dann den Energieversorgern für die Zukunft einen Auftrag zu geben. Weil sonst am Ende bei der Umsetzung wieder diese Ideen,

die jetzt da sind, und da gibt es vielfältige Annäherungsweisen, die eben auch wissenschaftlich beleuchtet sind. Es wäre schade, wenn dann am Ende wieder rein die Betriebswirtschaft zählen würde, wir möchten gerne die ursprünglich formulierten Zielsetzungen, die wir im Stadtsenat ja auch vorgegeben haben, auch gemeinsam vorgegeben haben, noch einmal dahingehend überprüfen, weil wir die dann auch über das Land weiterspielen können. Also es geht einfach um eine Formation Stadt, Land und dann das Land zu stärken in seiner Verantwortung als Eigentümer. Das ist mir klar, dass das Land da zuständig ist (*Applaus Grüne*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Danke vielmals. Vielleicht zur Ergänzung noch, man erwartet in diesem Bereich bis 2020, also so lange unser Vertrag jetzt auch Gültigkeit besitzt, eine Verlustgröße von 350 Millionen Euro für das Betreiben der Kraftwerke und das ist schon eine gewaltige Summe. Wird sich letzten Endes auch auf die Dividende für Republik, Aktionäre, in einem Fall für das Land Steiermark und den französischen Miteigentümer zum Ausdruck bringen. Der Herr Landeshauptmann hat uns ja gebeten, wir haben es ja abgestimmt, dass wir einmal sagen, setzen wir einmal alle unsere Experten ein. Selbstverständlich versucht jeder, seine Rolle wahrzunehmen, seine eigenen betriebswirtschaftlichen Kennzahlen möglichst zu halten. Auf der anderen Seite glaube ich auch, dass es ganz klar ausgesprochen werden soll, dass wir diese Trennung haben und dass wir uns als Stadt Graz auch von den Energieversorgungsunternehmen, auch von der Estag, die Energieversorgung, nämlich die fixe, auch über 2020 hinaus erwarten. Es ist schön, dass der Verbund in Summe aussteigen möchte aus fossilen Brennstoffen, das wird bei vielen Kraftwerken auch gut funktionieren, es wird aber nicht dann funktionieren, wenn wir in dem Fall als Fernwärmeabnehmer dranhängen, so schnell kann auch gar keine Lösung gefunden werden. Wir reden sowieso über einen Zeitraum wahrscheinlich von

zumindest 25 weiteren Jahren und da wird es vielleicht auch von uns selber abhängen, wozu wir bereit sind, wie lange wir uns selbst verpflichten wollen, das abzunehmen, ich glaube, das ist eine Kenngröße, die gut in die Gleichung hineinpasst, wenn wir da sagen, wir wollen langfristig abgesichert sein. Eine zweite Geschichte ist, wenn Strom produziert wird, kann unter Umständen auch die Stadt Graz sich dann verpflichten, diesen Strom zu nehmen, also ich versuche nur ein paar Lösungsszenarien aufzuzeigen, aber wie gesagt, ohne langfristige Verträge wird es nicht gehen. Ich hoffe, dass der Rechtsstreit bald beigelegt ist und dass wir uns mit unserem Expertenwissen dann zusammensetzen mit dem Land Steiermark und den Verantwortlichen der Energieversorgungsunternehmen (*Applaus ÖVP*).

GR.ⁱⁿ **Bergmann:** (*Begibt sich nicht zum Rednerpult*)

Bgm. Mag. **Nagl:** Gerne, dann werden die Punkte getrennt abgestimmt.

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Pavlovec-Meixner:** Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich kann Sie beruhigen, Herr Bürgermeister, die Frau Stadträtin und ich, wir sind uns sehr grün, wir teilen eines und das ist die Sorge, was die Energieversorgungsunternehmen machen. Die Frau Stadträtin hat das schon angesprochen und ich möchte es wirklich unterstützen. Wenn wir nach Mellach schauen, dann muss man sich schon fragen, ob man wirklich in Energieversorgungsunternehmen Vertrauen haben kann. Wenn man sich die

Arbeitsgruppe anschaut, dann muss man sich fragen, warum der Landesenergiebeauftragte des Landes Steiermark da nicht drinnen sitzt. Ich meine, das finde ich zum Beispiel sehr interessant und es geht mir einfach nicht darum, jetzt eine strategische Entscheidung herbeizuführen, es geht mir darum, dass wir als Gemeinderat in Graz eine politische Verantwortung haben und die möchte ich nicht den Energieversorgungsunternehmen überlassen. Ich freue mich sehr, dass Sie schon gesagt haben, dass Sie ab dem 11. Dezember eine Information machen werden, also in der Stadtregierung, wenn ich das richtig verstanden habe, was ja auch dem Antrag entspricht und ich hoffe wirklich sehr, dass wir alle gemeinsam genau hinschauen und dass wir dann auch politisch diskutieren und dass wir uns bemühen, auch etwas zu verlangen, was die EVUs wahrscheinlich nicht freiwillig hergeben und das ist ein höherer Anteil an erneuerbaren, an alternativen Energien. Ich weiß, dass das nicht teurer ist als konventionell, ich weiß aber, dass die Energieversorgungsunternehmen manchmal nicht, wie soll ich es sagen, ein mangelndes Vorstellungsvermögen haben oder sich einfach nicht damit auseinandersetzen wollen. Aber das wird alles auf den Tisch gelegt werden und ich möchte einfach, dass Graz da auch vorbildlich agiert im Sinne der Grazerinnen und Grazer. Danke (*Applaus Grüne*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Gut, dann stimmen wir jetzt über die Punkte einzeln ab. Der erste lautet, dass ich den Grazer Gemeinderat ehebaldigst, also nach dem 11.12., vorher werden wir die Ergebnisse nicht am Tisch haben, im Rahmen der nächsten Stadtregierungssitzung über die bisherigen Ergebnisse der Wärmeversorgung 2020/2030 informieren und damit die Beratungen auf politischer Ebene zur künftigen Fernwärmeaufbringung für Graz starten.

Der Punkt 1. des Antrages wird mit Mehrheit (gegen ÖVP) angenommen.

Bgm. Mag. **Nagl**: Der zweite Punkt: Bürgermeister Nagl wird beauftragt, das Ergebnis dieser politischen Beratungen den Vorständen und den Aufsichtsräten der Energie Graz sowie der Energie Steiermark zur Kenntnis zu bringen.

Der Punkt 2. des Antrages wird mit Mehrheit (gegen SPÖ, FPÖ, Grüne und Piratenpartei) abgelehnt.

Bgm. Mag. **Nagl**: Damit gibt es den zweiten Punkt nicht, aber den Gemeinderat werden wir informieren. Im Übrigen sitzen ja auch in dieser Gruppe die Vertreter der Energieversorgungsunternehmen drinnen. Aber wir haben es heute wieder diskutiert, bis 11.12. Bitte um Geduld.

7) Transparente Parteifinzen – Graz als Vorbild

GR. **Pacanda** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Pacanda**: Sehr geehrte Zuhörerinnen und Zuhörer, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es hat jetzt schon bald Kult, dass unsere Anträge immer zum Schluss kommen, da ist es dann schon ein bisschen anstrengend, aber ich werde mich

versuchen, wie immer, kurz zu halten, kurz und knackig zu halten. Es geht in unserem dringlichen Antrag um die Thematik der Transparenz und um die Thematik der Parteifinancen. In letzter Zeit war immer wieder auch zu lesen über Parteienförderung, Parteienfinanzierung, überschrittene Wahlkampfkosten, über fragwürdige Werbeeinschaltungen in Zeitungen und Ähnliches. Der Europarat hat vor kurzem Österreich sogar gelobt für das Transparenzpaket 2012, es gibt aber eben auch die Staatsgruppe gegen die Korruption, GRECO, die in ihrem Bericht heuer in diesem Jahr auf diverse fehlende Umsetzungen noch hingewiesen hat. Da ist einerseits zu nennen Kontrollbefugnisse vom Rechnungshof, Grenzwerte für Veröffentlichungen von Großspenden, anonyme Spenden, Bilanzregeln für Bundes-, Landes- und Ortsparteien wurden kritisiert und aus Sicht der Experten wäre es eben dort dringend notwendig, Verbesserungen zu schaffen und, ja, jetzt wird der eine oder andere vielleicht auch nachher dann sagen, das ist ein Bundesgesetz, Parteiengesetz, da brauchen wir gar nichts machen, das macht der Bund und das wird dann dementsprechend vom Land uns vorgegeben werden, wie wir das machen sollen. Da bin ich eben anderer Meinung und ich hoffe, ich werde da noch ein paar Unterstützer finden, sodass wenigstens Grazer als Stadt Graz mit gutem Beispiel vorangehen könnten und eigentlich von unten auch zeigen können, wie gut und wie schön Transparenz ist und wie toll gewirtschaftet wird bei den Parteien und wie die Gelder verwendet werden.

Dementsprechend stelle ich folgenden

dringlichen Antrag

und damit es zu keinen Verwechslungen kommt, werde ich den Antragstext vorlesen:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden beauftragt, eine Richtlinie für die transparente Darstellung und Prüfung der Partei- und Klubfinanzen zu erarbeiten und ein dementsprechendes Beschlussstück vorzubereiten.

Darin sollen folgende Punkte enthalten sein:

- Die Finanzen der Parteien sowie deren Unter- und Vorfeldorganisationen; sowie sämtliche Einnahmen und Ausgaben sollen mindestens einmal jährlich veröffentlicht werden.
- Neben einer Aufschlüsselung von Ein- und Ausgaben sollen die Parteien unter anderem auch eine Spendenliste, eine Sponsorenliste und eine Inseratenliste vorlegen.
- Sie müssen außerdem ihre Beteiligungsunternehmen bekanntgeben und einen Nachweis über die Verwendung der Parteien- und Klubförderung liefern.
- Weiters soll dem Stadtrechnungshof eine Kontrollbefugnis eingeräumt werden, um Einblick in die Parteifinanzen nehmen zu können.
- In dieser Richtlinie sollen auch Sanktionen für die Nichterfüllung der Vorgaben festgelegt werden, wie zum Beispiel Reduktion der Parteien- oder Klubförderung.

Ich bitte um breiteste Zustimmung, Dankeschön.

Bgm. Mag. **Nagl**: Dankeschön, es ist bei uns ziemlich genau geregelt, dass also die dringlichen Anträge jeweils nach Klubstärke beziehungsweise nach Mandaten auch vergeben werden, deswegen wird es auch künftig Kult bleiben, dass deine Anträge die letzten sind und damit wird das auch zumindest bis zur nächsten Wahl so bleiben.

GR. Dr. **Piffli-Percevic** zur Dringlichkeit: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat! Lieber Kollege Philip Pacanda, du hast den Antrag soeben vorgetragen. Ich möchte nur ganz kurz allein die Vorschriften zitieren, die ganz speziellen Vorschriften, die es für diesen Bereich der Transparenz und der Parteienfinanzierung und der Klubfinanzierung gibt. Es gibt das Parteiengesetz aus dem Jahr 2012, da gibt es sogar zwei Verfassungsbestimmungen drinnen, erstens, und das möchte ich wirklich vorausschicken, die Existenz und die Vielfalt politischer Parteien sind wesentliche Bestandteile der demokratischen Ordnung der Republik Österreich. Das soll auch sozusagen eine Anerkennung sein, dass wir dich auch sehr willkommen heißen hier im Gemeinderat als Teil dieser Vielfalt. Es ist auch eben nunmehr eine Vielfalt von Regelungen seit neuestem, seit 2012 und 2013 auf Bundesebene, auf Landesebene und auch hier auf Ebene des Gemeinderates. Ich darf nur weiter fortfahren, es gibt das Parteienförderungsgesetz aus dem Jahr 2012 auf Bundesebene, auf Landesebene gibt es das Parteienförderungsverfassungsgesetz aus 2012, das Steiermärkische Landtagsklubfinanzierungsverfassungsgesetz aus 2012, auf Stadtebene gibt es die Richtlinie für die Förderung der im Grazer Gemeinderat vertretenen Parteien, die Finanzierung der Klubs und die Finanzierung der Arbeit der politischen Mandatare, weil wir hier nicht nur Klubs und Fraktionen fördern, sondern auch einzelne Mandatare. Es soll das auch ein Bekenntnis sein für die Vielfalt, die wir wollen und zu der wir auch stehen. Aber weitere detaillierte Bestimmungen, jedenfalls jetzt, wo auch als erste Wortmeldungen gibt dazu berufenen Bundesrechnungshof, das haben wir ja verfolgen können, was die Wahlkampfkosten zum Beispiel betrifft, wo es den Transparenzsenat beim Bundeskanzleramt gibt und wo auch unsere, um ganz konkret auf unsere Ebene noch einmal zu schauen, wo unsere Ausgaben des Klubs durch zwei Wirtschaftsprüfer pro Klub zu prüfen sind. Wir glauben daher, dass wir im Moment mit diesen Bestimmungen, in die wir uns alle auch erst einlesen und einarbeiten müssen, Stichwort Rechenschaftsbericht, es gibt 28 Bestimmungen, in die der Rechenschaftsbericht der Parteien genau gegliedert

aufzustellen ist. Also wir sind da guten Gewissens, das wir einen wesentlichen Schritt in Richtung Transparenz bereits getan haben, wir müssen jetzt beginnen, das auch zu leben und das zu erfüllen. Daher glauben wir, im Moment ist keine Notwendigkeit, zusätzliche umfangreiche Bestimmungen in diesem Bereich zu erlassen. Daher, wird niemanden überraschen, sind wir nicht für die Dringlichkeit deines Antrages (*Applaus ÖVP*).

GR. Dr. **Wohlfahrt**: Lieber Philip, danke für diesen Antrag. Er ist zwar nicht neu, das wird auch nicht behauptet, er ist nach wie vor dringlich. Es sollte vielleicht zu denken geben, dass in den letzten Jahren so viele Regelungen entstanden sind, das war ja kein Zufall. Da hat es genug Dinge gegeben, die hier dafür Anlass waren, dass man genauer hinschauen muss. Wenn man jetzt schaut in die Zeitungsdiskussion oder was auf höherem Niveau diskutiert wird, da ist völlig klar, dass der Rechnungshof reinschauen muss. Auch das ist in diesem Antrag erwähnt und wer die Zeitungen verfolgt, bei der Prüfung der Wirtschaftsprüfer ist man schon draufgekommen, das ist zuwenig, wir halten eisern daran fest, selbstverständlich Rechnungshof als vernünftigen Kontrollor. Ich habe diesen Antrag hier vor ein paar Monaten, halben Jahr gestellt, da wurde in der Stadt Graz, die angeblich so quasi auch sehr genau darauf schaut, da wurde die Kontrolle durch den Rechnungshof als Schnüffelei bezeichnet. Es hat keinen Ordnungsruf dafür gegeben, muss ich noch einmal darauf hinweisen. Der Rechnungshof wird in diesem Gemeinderat als Schnüffler bezeichnet, niemand reagiert drauf, das war mein Antrag, ich wollte da nicht direkt was sagen. Da sieht man, wieviel notwendig ist, das hier noch geschieht und ich wundere mich über eines bei der ÖVP, es ist noch immer nicht angekommen, dass Transparenz sie vor all dem schützen würde, was jetzt passiert. Es gibt Verdächtigungen, es gibt Behördenverfahren, es gibt Ermittlungen, all das könnte viel schneller erledigt sein,

hätten wir hier mehr Transparenz. Dann wüssten wir was, dann brauchen wir hier nicht auf die staatsanwaltlichen Ermittlungen warten und die Dinge wären klar, aber nach wie vor wird hier die Mauer gemacht, wird hier Transparenz verweigert und auch die erwähnte Richtlinie, Peter, von dir, von der Stadt, die relevante Stelle ist drei Zeilen für die zwei Wirtschaftsprüfer.

Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Wie im Land.

GR. Dr. **Wohlfahrt**: Aber man kann es ja besser machen, man muss ja nicht alles Schlechte übernehmen. Drei Zeilen stehen da, was zwei Wirtschaftsprüfer anschauen sollen, das ist ja eher schon eine Geschäftsabhandlung für Wirtschaftsprüfer als ernste Prüfung. Das ist zuwenig, es gibt auch nicht die Klubobleutekonferenz dazu. Wir haben das ein paar Mal vereinbart, setzen wir uns bitte zusammen, füllen wir diese drei Zeilen mit Leben, kein Interesse. Was sollen die Wirtschaftsprüfer überhaupt prüfen, das ist ja eigentlich Farce, ich glaube, dass man hier eindeutig nachlegen müssen, wir müssen es genauer festlegen, was mit den Geldern passieren soll und wir müssen uns auch überlegen, ob Wirtschaftsprüfer die passende Kontrollinstanz sind, das ganze Thema ist in den öffentlichen Zeitungen abgehandelt. Ich glaube, man kann nicht viel dazu sagen, auch die Parteienfinanzierungsexperten Sickinger und Co sagen, so kann es nicht weitergehen, wir brauchen mehr, deswegen volle Unterstützung für Dringlichkeit und Inhalt dieses Antrages, aber zum Inhalt werden wir wahrscheinlich nicht kommen. Danke (*Applaus Grüne*).

GR. **Pacanda**: Ich nehme jetzt einmal das Schweigen von den anderen als Zustimmung auf, aber da werde ich mich wahrscheinlich täuschen, ist einmal meine primäre Vermutung. Ich will euch nicht mehr viel dazu sagen, es ist vieles schon gesagt worden, genauso über diese Prüfungen, unabhängige Prüfer, das steht auch im GRECO-Bericht zum Beispiel drinnen, dass das auch nicht ideal ist mit unabhängigen Prüfern. Vieles ist gesagt worden, ich glaube, viel wichtiger ist, wir werden vielleicht einfach schauen, wie nächstes Jahr dann die Prüfungen ausschauen. Wir werden vielleicht vergleichen einmal, wie die verschiedenen Parteien nachher ihre Ausgaben auch öffentlich darstellen, transparent machen oder nicht transparent machen. Vielleicht kommt eine Zeitung auf die Idee und vergleicht es einmal und vielleicht kommt auch irgendwann einmal der Wähler auf die Idee und vergleicht es nachher und goutiert das nachher oder goutiert das nicht. Aber meines Erachtens ist es ein ganz ein wichtiger Punkt. Habe aber eben die Befürchtung, dass man jetzt nicht mehr zum Inhalt kommen wird, aber ich lasse mich überraschen. Dankeschön.

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, Grüne und Piratenpartei) abgelehnt.

Der Bürgermeister erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.